

IERLAG - SW 48 - WILHELMSTRASSE 37/38

15 Pf.

Lest die Presse der KPD.-upposition!



Alle für die KPD.-Opposition bestimmten Zuschriften sind an Heinr. Brandler. Junius-Verlag, Berlin SW 48, Wilhelmstraße 37-38, zu richten.

9421 FES \$3.11.73

27 Tote, 75 Schwerverwundete, 200 Leichtverwundete

An die Bevölkerung Berlins! Seit 40 Jahren feiert die Arbeiterschaft der ganzen Welt den 1. Mai als ihren Feiertag, und auch in diesem Jahr rüstet die Berliner Arbeiterschaft, diesen Feiertag würdig zu begehen . . . Kein Mensch denkt daran, der Arbeiterschaft am 1. Mai zu verwehren, für ihre Ideale und ihre Forderungen einzutreten, und ich bin gewiß der Letzte, der das durch Verfassung gewährleistete Recht der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit mißachtet. Aber —

Zörgiebel, Polizeipräsident.

Die Regierung spielt sich als Freund und Beschützer der Arbeiterschaft auf. Wenn die Arbeiter jedoch nur einmal versuchen, mit dieser falschen Gnade nicht zufrieden zu sein, wenn sie nur einmal Menschen sein wollen — sofort verwandelt sich der gute Freund in ein reißendes Tier, stürzt sich auf die Arbeiter, würgt sie, mordet sie, zwingt sie, zu schweigen.

Statt roter Fahnen glänzt rotes Blut vom Straßenpflaster. Statt Lieder hallen die Knutenschläge wieder, die Karabiner-

salven.

Rosa Luxemburg, Die Maifeier in Lodz 1892.

"Es wird das Recht auf die Straße verkündett"

Seit vier Jahrzehnten, Jahr um Jahr, feiert das Weltproletariat seinen 1. Mai. Das ganze Jahr beugt sich die Arbeiterklasse unter das Joch ihrer Fronherren, schleppt sie ihre Knochen hin zur Tretmühle, erzeugt sie in rastlosem Schaffen all den Reichtum, der das Glück und die Schönheit und die Verworfenheit zugleich der Reichen und Herrschenden ausmacht, trägt sie auf ihren breiten Schultern wie der Riese Atlas die ganze Last der modernen Kultur, nur ein eine dendes Dasein in Not, Entbehrung und Sorgen zu fristen. Am 1. Mai aber wirst sie die Last von sich, reckt sie sich auf, erhebt sie ihre Forderungen auf Leben und Lebensrecht. Das ganze Jahr gehört der Arbeiter nicht sich selber, sondern seinem Herrn, seinem Plünderer, seinem Unterdrücker. Diesen einen Tag aber bricht er heraus aus dem Jahr der Knechtung und bestimmt trotzig: Mein Tag! Heute dieser eine, damit morgen mein ganzes Leben mir gehöre und die Welt, die ich erbaue!

Bibliothek A23190

der Friedrich-Ebert-Stiftung

Seit vier Jahrzehnten, Jahr um Jahr, sind die deutschen Arbeiter am 1. Mai auf die Straßen gegangen. Sie haben den Verboten des Junkerstaates getrotzt und der blauen Polizei und dem in den Kasernen bereitgestellten Militär. Oft wurden sie auseinandergetrieben. Aber durck ihre Hartnäckigkeit haben sie sich eine Konzession nach der anderen errungen. Sie lachten über die Drohungen eines Jagow, sie führten ihn an der Nase herum und gaben ihn dem Gelächter der ganzen Welt preis. Und sie eroberten das Recht auf die Straße. Sie führten diesen Kampf bis zum Siege durch, weil sie wußten, daß erst durch Arbeitsruhe und Massenaufmarsch am 1. Mai würdig durchgeführt wurde, was der Gründungskongreß der II. Internationale in Paris 1889 beschlossen hat. Weil den Maiforderungen des Proletariats erst dann der richtige Druck gegeben wird, wenn es sich den Arbeitsbrüdern und der Bourgeoisie zeigt in seiner Masse und seiner Macht. Weil der Arbeiter eingegliedert sein muß in die Züge der Zehntausende und Hunderttausende, wenn ihn das Kraftgefühl packen soll, daß er zu der millionengewaltigen Klassenarmee gehört, die an diesem Tage und zur gleichen Stunde in allen Ländern aufmarschiert, beseelt von den gleichen Gedanken, den gleichen Hoffnungen, dem gleichen Willen.

Arbeiterschutz und Achtstundentag! Frieden und Sozialismus! Das sind die Losungen, für die das Weltproletariat seit Jahrzehnten am 1. Mai demonstriert.

Arbeiterschutz und Achtstundentag! Wann mußte die deutsche Arbeiterklasse diese Forderung auf ihr Recht, zu leben, lauter erheben, als gerade jetzt? Die deutschen Arbeiter hatten den Achtstundentag, das Ziel jahrzehntelangen Ringens, in einer Revolution erobert. Durch die furchtbaren Schläge der Konterrevolution, die Zehntausenden von Arbeitern das Leben kosteten, ist ihnen der Achtstundentag geraubt worden. Und die Folge? Eine Reservearmee von Hunderttausenden, Millionen Arbeitsloser ist entstanden. Sie ist jetzt selbst in den Zeiten der Hochkonjunktur größer, als sie vor dem Kriege in Zeiten schwerer Wirtschaftskrise war, und sie wird niemals ganz aufgesogen. Tausende und aber Tausende sind vollkommen ausgestoßen aus der Welt der Arbeit. Sie versinken in immer tieferem Elend und hungern mit ihren Familien. Ihre Kinder, die Kinder der Kriegsund Inflationszeit, sind degeneriert, und ihr ganzes Leben ist nur ein einziges Dahinwelken. Und die Arbeiter im Betrieb? Sie sind "rationalisiert". Sie sind eingespannt in einen überlangen Arbeitstag, in einen Produktionsprozeß, der sie in sein rasendes Tempo hineinzwingt. Statt Herren über die Maschine zu sein, sind sie ein stumpfes willenloses Glied der Maschine geworden, die ihre Lebenskraft bis zum letzten Punkt auspreßt. Als kraftloses Bündel Mensch werden sie am Ende des Arbeitstages ausgespien. Nur eine einzige Tatsache soll zeigen, wie verheerend die Rationalisierung unter der Arbeiterschaft rast. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften also nur in der Industrie - wurden 1926 614 903 Unfälle gemeldet, 1927 aber 852 484 Unfälle. Um fast 40 Prozent ist die Unfallziffer in einem Jahre gestiegen, und sie steigt weiter! Rationalisierung der Arbeit, heißt Abschlachtung der Arbeiter. Und angesichts dieser Tatsache wird jetzt dem Reichstag ein Arbeitsschutz-Gesetz vorgelegt, das den Arbeitern vieles von dem wieder rauben soll, was er sich in langem Kampfe erobert hat. Nicht Schutz der Arbeiter proklamiert es, sondern Schutz der "Arbeit", d. h. der Ausbeutung. Arbeiterschutz, Achtstundentag heißt Verteidigung des Lebens der Arbeiterklasse.

Frieden und Sozialismus! Das ist der Wille des internationalen Proletariats. Die Kapitalisten aller Länder aber rufen: Imperialismus und Krieg! Abrüstungs- und Friedenskonferenzen jagen einander. Der Krieg wird in Acht und Bann getan. Sand in die Augen der Volksmassen! Denn währenddessen werden die Rüstungen immer toller in die Höhe getrieben, arbeitet die Technik an besseren Waffen, die Chemie an stärkeren Giften. Immer breiter werden die Gegensätze zwischen den Mächten aufgerissen. Immer enger schließt sich der Ring um Sowjetrußland, das Land der Arbeiter und Bauern. Drohender als je zieht ein Völkergemetzel herauf, gegen das der letzte Weltkrieg ein Idyll gewesen ist. Deutschland tanzt diesen Reigen um den Götzen Moloch mit. Der Panzerkreuzer A ist nur ein Symptom, nur ein Symbol für die Rüstungen zu Lande und in der Luft wie auf der See. Worum es geht, das hat General Groener in seiner geheimen Denkschrift über den Kreuzerbau deutlich genug gesagt. Das deutsche Kapital will mit dabei sein, wenn über den wilden Bären Rußland hergefallen wird. Es will mitmachen, wenn zwischen den anderen Mächten das Preisfechten losgeht, dem eine neue Weltverteilung folgen soll. Wie im 18. Jahrhundert etliche tausend Landeskinder als Kanonenfutter ans Ausland verkauft wurden, so sollen jetzt die Millionen der Volksmassen für fremde Interessen verkauft und geopfert werden. Und wenn dann wieder, wie damals, einige vorlaute Burschen vortreten und fragen, was das Schock Menschen kostet, dann wird man ihnen ins Gesicht lachen: Volkswohl, nationale Ehre, Kolonien, Einflußsphären, Absatzgebiete, Profit! Die deutsche Diplomatie arbeitet gut. Sie schachert trefflich mit dem deutschen Menschenfleisch. Auf jeder der Völkerbunds-, Wirtschafts- und Reparationskonferenzen hat sie dem Trustkapital höhere Anerkennung, größere Bewegungsfreiheit eingeheimst, und jeder Schritt auf diesem Wege ist ein Schritt an das Verhängnis des Krieges. Fester und entschlossener als je muß darum der Wille des deutschen wie des internationalen Proletariats sein: Nieder mit dem imperialistischen Krieg! Denn nur ein entschlossenes, kampffähiges Proletariat kann der Gefahr Einhalt gebieten, den Krieg verhindern. Das wissen die Kapitalisten. Deshalb und aus anderen Gründen sind sie dabei, den Arbeitern die wenigen politischen Rechte aus der Hand zu schlagen. Die Verfassung soll geändert, die Demokratie beschnitten werden, damit das Trustkapital seine Herrschaft direkter, wirksamer ausüben kann, die Staatsmacht schneller und forscher gegen die Arbeiterklasse in Gang gebracht werden kann. Der faschistischen Diktatur wird in Deutschland der Weg bereitet. Und wenn die Arbeiterklasse nicht wachsam ist, dann wird sie bald fühlen, daß ihr die Ketten enger und schwerer um den Leib geschnürt sind. Lebens, ihrer Freiheit willen müssen sich die Arbeiter stärker erfüllen mit revolutionärem Geist, müssen klarer und entschlossener den Sozialismus wollen, d. h. den Sturz der Kapitalistenklasse aus ihrer Herrschaft, die Eroberung der eigenen politischen Macht.

Das waren die Gedanken, in denen diesmal die Losungen des 1. Mai zum Durchbruch drängten. Weil es diesmal um so Wichtiges, Großes ging, weil es galt, die erwachende Widerstandskraft des Proletariats gegen den Frontalangriff der Kapitalistenklasse zum Ausdruck zu bringen, das proletarische Kraftbewußtsein zu fördern, deshalb mußte in diesem Jahre der 1. Mai mit besonderer Wucht vom ganzen, einheitlich aufmarschierenden Proletariat gefeiert werden.

"Die Straße dient nur dem Verkehr!"

Da stemmte sich dem Willen der Berliner Arbeiter eine Macht entgegen: der Polizeipräsident Zörgiebel. Er, der Sozialdemokrat, nahm sich seinen Ahnen im Amt, den Junker v. Jagow zum Muster, der anno 1910 der sozialdemokratischen Arbeiterschaft entgegen donnerte:

> Es wird das Recht auf die Straße verkündet. Die Straße dient nur dem Verkehr. Bei Widerstand erfolgt Waffengebrauch. Ich warne Neugierige!

Damals chritt das Berliner Proletariat im Aufmarsch zu Hunderttausenden über diese wunderlich stilisierten Sätze hinweg und Herr v. Jagow wurde der blamierte Europäer. Der Junker hatte den Anschluß verpaßt. Er wagte auch nicht, gegen das Heer der Arbeitenden die Plempe zu ziehen. Aber inzwischen ist eine Konterrevolution über Deutschland hinweggebrandet. Was der Junker nicht wagte, das haben Sozialdemokraten gelernt. Zörgiebel war es Ernst. Darum ist der wilhelminische Absolutismus gestürzt, der "Obrigkeitsstaat" beseitigt, darum leben wir in der demokratischen Republik, die hervorgegangen ist aus der "Sozialistischen Republik" des November 1918, darum sitzen die sozialdemokratischen Führer in der Regierung, daß die Maschinængewehre losspeien, wenn sie aufgefahren sind.

Herr Zörgiebel ist "Sozialist". Er kennt die Beschlüsse des Internationalen Kongresses von 1889. Er hat wahrscheinlich manches Hoch ausgebracht auf die "internationale, revolutionäre, völkerbefreiende Sozialdemokratie". Er ist gewiß schon manchmal mitmarschiert in verbotenen Demonstrationen und hat das Recht der Arbeiterklasse auf die Straße reklamiert. Er erklärt: "Auch in diesem Jahre rüstet die Berliner Arbeiterschaft, diesen Feiertag würdig zu begehen." Und weiter: "Kein Mensch denkt daran, der Arbeiterschaft am 1. Mai zu verwehren, für ihre Ideale und ihre Forderungen einzutreten." Und damit verbietet er die Maidemonstration!

Herr Zörgiebel ist "Demokrat". Er fühlt sich als Hüter der Volksrechte und der Verfassung. In der Verfassung ist das Recht auf die Straße garantiert. Von sich sagt er: "Ich bin gewiß der Letzte, der das durch die Verfassung gewährleistete Recht der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit mißachtet." Und damit verbietet er die Maidemonstration!

Aber Herr Zörgiebel ist in erster Linie Polizeipräsident. Und das heißt: Verbieten und dreinschlagen. In Deutschland ist jetzt nicht der § 48 in Kraft. Kein Reichspräsident hat den Belagerungszustand verhängt. Das Recht auf die Straße besteht nach der Verfassung. Aber im "freiesten Lande der Welt", im "Lande der vollendeten Rechtsgarantien" macht das nichts. Straßendemonstrationen sind in Berlin verboten. Und der "Arbeitervertreter" Zörgiebel führt das Verbot durch bis zu den letzter Konsequenzen am Tage der Arbeiterklasse.

In Hamburg, in Schleswig-Holstein, wo Demonstrationsverbote verfassungswidrig bestanden, werden sie für den 1. Mai aufgehoben. In Bayern sogar, wo die muffigste Reaktion an der Macht ist, wo man sich längst gewöhnt hat, die Verfassungsparagraphen als leere Worte anzusehen, in München, in Nürnberg wird die Straße freigegeben. Herr Zörgiebel verkundet: "Ich bin wirklich kein Prestigepolitiker — aber die Staatsautorität!" Um der "Staatsautorität" willen, die in Hamburg, in Schleswig-Holstein, in Nürnberg und in München den Massentritt der Arbeiter vertragen konnte, paßte er seinen Schupoleuten die Stahlhelme auf und ließ sie üben für den Straßenkampf. Er handelte nach dem Spruch: "Die Straße dient nur dem Verkehr der Panzerwagen und Maschinengewehre!"

In einem Artikel, der der Verteidigung Zörgiebels gewidmet ist, schildert der "Vorwärts", wie die Berliner Arbeiter vor zwanzig Jahren unbekümmert um Verbote sich das Recht auf die Straße nahmen. Da sagt er

zur Begründung:

"Die Anhänger der Demonstrationstaktik kalkulierten, daß die preußische Regierung es nicht wagen werde, dem "elendesten aller Wahlsysteme zuliebe Tote aufs Pflaster zu legen."

Aber der "Vorwärts" hat den Mut zu der Schamlosigkeit, daß selbstverständlich ein sozialdemokratischer Polizeipräsident es wagen wird, der Staatsautorität zuliebe "Tote aufs Pflaster zu legen."

In seinem hohen Spiel mit Menschenleben wirft Herr Zörgiebel diesen

Trumpf auf den Tisch:

"Trotz mehrfachen Verbots forderte die Kommunistische Partei ihre Anhänger auf, sich am 1. Mai an dem Demonstrationsverbot nicht zu stören, die Straßen zu erkämpfen. Sie tut das nicht aus eigenem Antrieb, sondern auf Befehl der Kommunistischen Internationale. In den von Moskau herausgegebenen "Richtlinien zur Maifeier-Kampagnie" wird ausdrücklich gesagt: "Wo die Massendemonstrationen durch die Polizei verboten werden, muß die Partei alles daransetzen, eine Demonstration trotz des Verbots zustande zu bringen." So soll nach dem Willen der Kommunisten am 1. Mai in den Straßen Berlins Blut fließen! Das darf nicht sein!" Unglaublich, wie der Mann sein "Das darf nicht sein!" hinausschmettert,

Unglaublich, wie der Mann sein "Das darf nicht sein!" hinausschmettert, wo er hartnäckig dafür wirkt, daß Blut fließe. Aber zur Sache. Wir haben an der Taktik der kommunistischen Führung Ernstes zu kritisieren und wir werden es rückhaltlos tun. Doch dazu bedurfte sie keines "Befehls von Moskau", es war ihre einfache Pflicht, daß sie die Losung herausgab: Straße frei am 1. Mai!

Jawohl, das empfanden Millionen deutscher Arbeiter als eine unerträgliche Herausforderung, daß den Berliner Arbeitern am 1. Mai die Straße verwehrt werden sollte und gar durch einen Sozialdemokraten. Sie wußten, daß jetzt das Recht auf die Straße zur ersten Losung des Maitages geworden war. Wenn jetzt das willenlos preisgegeben wurde, was die Arbeiter sich bereits unter den Hohenzollern erkämpft hatten, dann bedeutete das eine gefährliche Schwächung in dem Kampfe, der dem 1. Mai diesmal gerade den Inhalt gab, im Verteidigungskampfe gegen den allgemeinen Angriff der Reaktion. Gewiß gibt es Zeiten und Umstände, wo es sinnlose Romantik wäre, unbedingt auf einer politischen Absicht zu beharren, wo es heißen muß: Laßt euch nicht provozieren! Hier durfte nicht so gesprochen werden. Und es gab ein Mittel, Herr zu werden über den Popanz der "Staatsautorität", ein Mittel, daß auch Herrn Zörgiebel den Mut verschlagen hätte, "Tote auf die Straße zu legen". Das war der wirkliche Aufmarsch des gesamten Berliner Proletariats! An den Hunderttausenden wäre der Wille Zörgiebels zerschellt, wie der Jagows daran zerschellt ist. Darum luden die Führer der Gewerkschaften neue schwere Schuld auf sich, als sie sich mit dem Polizeipräsidenten, ihrem Parteigenossen, über die Aufrechterhaltung des Demonstrationsverbots verständigten, anstatt ultimativ und unerschütterlich die Aufhebung des Verbots zu fordern. Sie führten damit einen neuen Streich gegen das deutsche Proletariat.

"Bei Widerstand erfolgt Waffengebrauch!"

"Diese Komödie des kleinen Belagerungszustandes in Berlin läßt ein furchtbares Trauerspiel am 1. Mai ahnen. Daß der 1. Mai trotz des Verbots des Polizeipräsidenten und trotz der Abmachungen des größten Teile der Gewerkschaften nicht ohne Demonstrationen vorübergehen wird, ist bei der steigenden Radikalisierung Berlins so gut wie sicher . . .

Nachher kann der "Vorwärts" viel von der Schuld der Kommunisten am Arbeitermord usw. erzählen; der einfache, das heißt nicht am "8-Uhr-Abendblatt" geschulte Verstand sieht nur auf der einen Seite die von der Polizei erschossenen Arbeiter, auf der anderen Seite erinnert er sich, daß auch Herr v. Jagow die Maidemonstration nicht unterdrücken konnte . . .

Sache der Gesamtpartei ist es, wenn das Loben von Arbeitern für die

Erhaltung der sogenannten Staatsautorität geopfert werden soll!

Wir hoffen, daß die Berliner Genossen, die ja noch vor dem 1. Mai ihren Bezirksparteitag abhalten, noch ein deutliches Wort zu den Kampfvorbereitungen der Berliner Polizei sprechen werden. Aber dürfen wir den Gen. Zörgiebel an das Wort des römischen Kaisers erinnern: "Lieber will ich einem Bürger das Leben retten, als tausend Feinde töten," dürfen wir ihn bitten, lieber seine Autorität zu riskieren und von Maßnahmen gegen die Maidemonstration abzusehen, als den 1. Mai zu einem Tag der Toten zu machen? Wir haben trotz aller Ereignisse der letzten Wochen noch die Hoffnung, daß der Berliner Polizeipräsident nicht das Leben von Arbeitern aufs Spiel setzen wird — freilich groß ist die Hoffnung nicht."

So schrieb, so riet und warnte und flehte am 19. April das sozialdemokratische "Sächsische Volksblatt" in Zwickau. Es bestätigte, daß es selbst bis in die Führerschaft der Sozialdemokratie hinein als selbstverständlich galt, die Arbeiter dürften sich das Recht auf die Straße nicht nehmen lassen und die Verantwortung treffe die, die Befehle geben, daß "der Säbel haut und die Flinte schießt". Das Warnen und das Bitten hat nichts geholfen. Das bißchen Hoffnung ward — zu Blut!

Es ist nicht so gekommen, wie es sein mußte und sein konnte. Die Berliner Arbeiterschaft ist nicht wie ein Mann auf die Straße gegangen, um einzig durch ihre Zahl, ihre Masse die Mannschaftswagen, die Panzerautos und die Maschinengewehre mit gelassener Hand beiseite zu schieben. Es wäre ein feiges Ausweichen vor den entscheidenden Fragen, wenn man deshalb über die Berliner Arbeiter schimpfen wollte. Die Schuld liegt sowohl bei der Sozialdemokratie und den Gewerkschaftsführern als auch — leider — bei der Kommunistischen Partei. Wir werden diese Schuld und ihren Ursprung untersuchen, nicht um klüger zu sein, sondern weil wir es für unbedingt nötig halten, daß die Arbeiterklasse rücksichtslos die Wahrheit erfährt und die Lehren der blutigen Maitage nutzt. Zunächst aber ist klar, ie geringer die Zahl derer war, die trotz allem auf die Straßen ging, um so mehr schrumpfte die Gefahr für die "Staatsautorität" zusammen. Um so leichter freilich war es für die bewaffnete Macht, hier billige Lorbeeren zu ernten und sich an Wehrlosen auszutoben.

Und sie haben sich ausgetobt. Als sich in den Vormittagsstunden des 1. Mai in den Berliner Bezirken Trupps von Demonstranten sammelten — fast durchweg waren es kleine Trupps von hundert oder einigen Hundert Mann, nur an wenigen Punkten gingen sie in die Tausend —, da stürmten die Schupoleute unter den anfeuernden Rufen ihrer Führer wild auf die Menge ein. Unter Gelächter und dem höhnischen Feldgeschrei "Straße frei am 1. Mai!" sausten die Gummiknüppel auf Schädel und Rücken der

sliehenden Arbeiter nieder. Einzelne wurden umstellt und mit vereinten Kräften so zugerichtet, daß sie zusammenbrachen. Wenn Mitteilungen in der Presse recht haben, dann wurde auf diese Weise ein Mensch totgeschlagen wie ein Hund. Wo sich stärkere Massen angesammelt hatten, Demonstranten und einfache Passanten, am Alexanderplatz, Bülowplatz, Hackeschen Markt ind Rosenthaler Tor, wurde in die Menge hinzingeschossen. Es gab die ersten Toten und zahlreiche Verletzte.

Angesichts dieses Wütens ist es begreiflich, daß unter den Arbeitern die Empörung immer gewaltiger anwuchs, daß einzelne kleine Trupps im Wedding und in Neukölln zu den Waffen griffen, Hindernisse ausbauten und den ungleichen Kampf aufnahmen. Diese jungen Arbeiter, von der bürgerlichen Presse und dem "Vorwärts" nach den alten Rezepten aus der "Spartakuszeit" als Rowdies verleumdet, haben jedenfalls bewiesen, daß in der deutschen Arbeiterschaft der oft erprobte Kampf- und Opfermut nicht erstorben ist. Aber selbst dort, wo der Kampf aufgenommen wurde, lagen noch besondere Provokationen vor. Wir berufen uns nur auf die bürgerliche Presse. So schildert das "Berliner Tageblatt" die Entstehung der Kämpfe in der Kösliner Straße:

"Die Schutzpolizei war auf höchste Alarmruse gestellt und hatte den Besehl, rücksichtslos alle Ansammlungen schon im Keime zu ersticken. Das tat sie auch gründlich. Oft allerdings mit einem derartigen Uebereiser, daß auch harmlose Passanten mit dem Gummiknüppel mißhandelt wurden.

Das zuständige Polizeirevier in der Uferstraße hatte in der Reinickendorfer Straße, Wiesenstraße, Kösliner Straße und Pankstraße ihre Beamten vom Straßendienst zurückgezogen, so daß sich im genannten Viertel ungehindert zahlreiche Menschen ansammeln konnten . . . Ein Leutnant mit 25 Mann gingen gegen die Leute mit Gummiknüppeln vor. Es gab zahlreiche Verhaftungen. Als die Menge eine immer drohendere Haltung einnahm, schossen die Polizisten, gaben etwa 100 Schüsse ab und verletzten eine ganze Anzahl von Personen . . .

Unterdessen hatten sich aber radaulustige Elemente in der Wiesenund Kösliner Straße angesammelt, die beim ersten Einsetzen der Polizeigegen Abend die Beamten sofort mit Schüssen empfingen. Die Polizeibeamten griffen ebenfalls zur Schutzwaffe. Jetzt kam es zu einem regelrechten Feuergefecht."

Das ist noch ganz im Polizeistil gehalten, aber es zeigt schon den Ablauf der Dinge, wie er wirklich war: Erst Zurückziehung der Polizei, so daß sich eine Menge sammelt. Dann Gummiknüppel und Verhaftungen. Darauf die "drohende Haltung" und nun 100 Schuß hineingefeuert: Verwundete. Jetzt macht sich die Empörung Luft und als die Polizei wieder anstürmt, fallen Schüsse von seiten der terrorisierten Arbeiter. So kam es zum "regelrechten Feuergefecht".

Aehnlich schildert die "Frankfurter Zeitung" die Ursache der Kämpfe in der Kösliner Straße.

Die Schilderungen in der Presse ergeben das Merkwürdige, daß der Mut der Polizei plötzlich tief herunter sank, als sie auf Widerstand stieß. Dabei beweisen die Tatsachen, daß die kämpsenden Arbeiter erbärmlich schlecht bewaffnet waren. Mit ein paar elenden Revolvern haben sie sich den Panzerautos und Maschinengewehren entgegengestellt. Sie haben nicht mehr ausrichten können, als daß sie sich durch das Knallen Respekt verschaften. Ein paar Hundert Menschen sind zusammengeschossen,

getötet oder verwundet worden, aber wo ist der einzige Schupomann, der durch ernste Verletzung einen Beweis für die wirkliche Gefahr bildete. Wie hätte man ein solches Opfer herausgeputzt, um damit alle Gewalttaten der Polizei zu rechtfertigen. Wir haben nichts von einem Opfer der Polizei gehört. Aber vieles deutet darauf hin, daß planmäßig ein schnelles Vorgehen gegen die "Barrikaden" vermieden wurde, um den Eindruck zu erwecken, hier sei ein gewaltiger Aufstand aufgeflammt, der den Staat in Gefahr bringe und die äußersten Terrormaßregeln erzwinge. Das Märchen von den Dachschützen, die in den beiden Kampfzonen so fürchterlich gehaust haben sollen, ist von der bürgerlichen Presse klipp und klar widerlegt worden. Sie konnten sich auf den steilen Dächern überhaupt nicht festsetzen und von dort aus die Straße befeuern.

"Ich warne Neugierige!"

Nein, es kam nicht darauf an, "Ruhe und Ordnung wiederherzustellen". Es kam darauf an, ein Exempel zu statuieren, sich als "Staatsretter" zu erweisen. Deshalb wurde aus dem kleinen Belagerungszustand, der von Gnaden der Herren Grzesinski und Zörgiebel überhaupt schon über Berlin lagert, für bestimmte Viertel der große Belagerungszustand verhängt. wurden Bestimmungen von so drakonischer Härte herausgegeben, wie sie allenfalls von einer einrückenden Truppe in einer feindlichen Stadt erlassen werden. Von 9 Uhr abends bis 4 Uhr morgens wurde in bestimmten Straßen ieder Verkehr verboten. Daß für Aerzte und Hebammen Ausnahmen gestattet wurden, war in der Praxis nichts als eine Gefährdung des Lebens derjenigen, die hier ihrer Berufspflicht nachgehen wollten. Jedes Herumstehen in den Straßen und den Hausfluren (!) war verboten. Kein Fenster darf geöffnet, kein Licht angezündet werden. Niemand darf auf der Straße stehen bleiben. Wer sich ohne festes Ziel im "Kampfgebiet" bewegt, ist festzunehmen. Wo dreie beieinander stehen, da soll man auseinander gehn. "Alle Personen, welche die getroffenen Anordnungen nicht befolgen, setzen ihr Leben aufs Spiel." Das war schlimmer als Noskes berüchtigter Schießerlaß, denn hier wurde der Polizei das Recht gegeben, auf jeden Menschen ohne Warnung zu schießen.

Rücksichtsloses Vorgehen war der Polizei befohlen worden. Und sie war überanstrengt und verärgert durch die Uebungen vor dem 1. Mai. Man hatte sie aufgeputscht und an ihre Landsknechtsinstinkte appelliert. Für sie galten nur noch die Regeln, die im Franktireurkrieg so glorreich erprobt waren. Die Jagd auf Spartakus setzte wieder ein, wie in Noskes herrlichen Tagen. Nun konnte die Flinte knallen, wo irgendein Wild zu sehen war. Schließlich konnte auf alles angelegt werden, was nicht durch eine Uniform sein Recht auf Leben erwies. Wir zitieren aus einer Nummer des "Vorwärts", der in diesen Tagen seine erste Pflicht erfüllte, durch Lüge und Vertuschung jede Polizeitat zu rechtfertigen:

"Das erste Opfer war eine 61jährige Frau Elisabeth Scheibe, die von der Brüstung ihres Balkons im Hause Hermannstraße 40 auf die Straße hinabsah. Ein Kopfschuß führte ihren sofortigen Tod herbei. Das gleiche Schicksal ereilte zwei andere Frauen, die 50jährige Witwe Marie Röpner und die 25jährige Frau Erna Köppen... Unvorsichtigerweise betraten beide Frauen den Balkon, um die Tumulte auf der Straße trotz der polizeilichen Warnung zu beobachten. In diesem Augenblicke krachten in der nächsten

Umgebung zahlreiche Schüsse, und beide Frauen sanken tödlich getroffen zu Boden. Wenige Minuten später fiel das vierte Opfer. Der 42jährige Vertreter Alfred Dohn aus der Neuen Bahnhofstraße in Lichtenberg wurde beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einer abgeirrten (!) Kugel zu Boden gestreckt; auch er war sofort tot. Gegen 18 Uhr wurde der 70jährige Otto Scherwat in der Steinmetzstraße von einer Kugel in den Leib getroffen. Sterbend wurde der Greis ins Neuköllner Krankenhaus gebracht. Als sechstes Opfer fiel der Arbeiter Walter Bath aus der Weserstraße 37. Bath erlitt einen Brustschuß, an dessen Folgen er auf dem Transport ins Urban-Krankenhaus gestorben ist. Die Zahl der Verletzten konnte bisher nicht einwandfrei ermitelt werden, es ist aber anzunehmen, daß viele Verwundete zu verzeichnen sind. Auch (!) mehrere Unbeteiligte wurden wieder getroffen, so drei Arbeiter, die bei dem Untergrundbahnbau in der Hermannstraße beschäftigt waren und mit erheblichen Verletzungen ins Neuköllner Krankenhaus gebracht werden mußten."

"Auch mehrere Unbeteiligte!" Die Schamlosigkeit nach einer solchen Liste von lauter Unbeteiligten ist nicht zu übertreffen. Und kein Wort der Anklage gegen die Polizei und die für ihre Taten Verantwortlichen.

"Auch mehrere Unbeteiligte." Hier sind sechs unschuldige Opfer, ohne die Schwerverletzten zu rechnen. Zwei ähnliche Fälle haben wir schon erwähnt. Ein Passant wurde von einem Polizeiauto totgequetscht. Ein ausländischer Journalist wurde erschossen aufgefunden. Das sind allen zehn Tote, die von Zörgiebels Polizei auf die Straße gelegt wurden, lauter Unschuldige! Und dennoch hetzte die reaktionäre Presse, namentlich die des Herrn Hugenberg, die Polizei gehe nicht schneidig genug vor. Sie brauchte mehr Leichen. Und die sozialdemokratische Presse? Sie immer mittenmang. Der "Sozialdemokratische Pressedienst" (SPD.), der sich in der Bürgerkriegs-Berichterstattung auskennt, seit Heilmann und Hofrichter dort die Feder führten, brachte folgendes Kunststückchen fertig:

"Nur die Schupo ist stärker vertreten als sonst. Ruhig und zurückhaltend versieht sie ihren Dienst. Wo sich Neugierige zu größeren Trupps sammeln, mahnt das Auge des Gesetzes zum Weitergehen.

Die Polizei war beauftragt, jeden Versuch zur Durchbrechung des Demonstrationsverbots zu verhindern: im Interesse der Staatsautorität. Sie hat diesen Besehl mit äußerster Zurückhaltung ausgeführt und sich an zahlreichen Stellen ihrer Haut mit Wasserspritzen gewehrt. Wo sie mit Schußwaffen hinterrücks traktiert wurde, ist mit der Waffe geantwortet worden. Am Hermannplatz und in der Kösliner Straße wurden aus verschiedenen Häusern Schüsse auf die Beamten abgegeben."

"In der Kösliner Straße war bereits im Verlaufe des Nachmittags wiederholt aus Häusern und von Dächern geschossen worden, ohne daß es gelungen wäre, die Schützen aus dem Hinterhalt festzustellen oder gar festzunehmen."

Wir haben bereits aus der bürgerlichen Presse Darstellungen wiedergegeben, die die schändliche Verlogenheit dieses Wahrheitsdienstes aufdecken. Hören wir weiter. Die "Berliner Volkszeitung" schreibt:

"Namentlich die gestern nachmittag angeordneten "besonderen Maßnahmen" des Polizeipräsidenten scheinen eine blinde Schießerei der Polizei entfesselt zu haben und dieses blinde Wüten der losgelassenen polizeilichen Kriegsmaschine ist — wir kommen um diese Feststellung nicht herum — zur öffentlichen Gefahr geworden. Wenn gestern und in der abgelaufenen

Nacht in Neukölln, soweit zu übersehen ist, nur Unschuldige erschossen wurden, niemand aber von dem die Straßen unsicher machenden Gesindel, niemand auch von den Polizeibeamten, so muß man die Frage aufwerfen: Schützt die Polizei (und wen?) oder schießt sie nur?"

Das "Berliner Tageblatt" bringt folgende "Momentbilder" aus Neukölln:

"Eben werden die Rollen verteilt: "Zehn Mann mit Herrn X. nach Ockerstraße 10, Ecke Hermannstraße. Ich folge mit dem Wagen," sagt der Leutnant. Wieder hinaus. Links um die Ecke zur Ockerstraße. Beim Ueberqueren der Steinmetzstraße eine Reihe von Schüssen. Zwei Frauen, die auf einen Balkon gestanden haben, fallen schreiend zurück. Ein paar Leute, die nach Hause gehen wollen, werden mit dem Gummiknüppel vorwärtsgetrieben. Ockerstraße 10: Polizeigruppen an den Ecken halten das Haus unter Feuerbereitschaft. Die Kriminalen dringen ein. Kommen nach einer kurzen Zeitspanne wieder heraus. Schleppen junge Burschen auf die Straße. Hände hoch! Taschendurchsuchung und Abklopfung. Einer hat in der Wohnung sogar eine "Waffe" gefunden: ein verrostetes französisches Seitengewehr mit vernickeltem Griff. Wahrscheinlich Kriegsandenken. Von der Wand herunter beschlagnahmt. Man kann nie wissen . . . Jetzt drängt mich ein Offizier rechts ab in die Nebenstraße. Ich soll nichts sehen, scheint's. Die Schießerei wird lebhafter, überall bröckelt Putz, splittert Glas. Auf wen geschossen wird, ist allerdings unklar, zu sehen ist niemand. Aber - aus einer Dachkammer soll geschossen worden sein . . . Hier gilt der Presseausweis nichts. "Rechtsum", heißt es, und "marsch - marsch"! Die Rechnung habt ihr ohne mich gemacht. Nach einem Haken bin ich von der anderen Seite wieder da. Viele werden aus den Häusern geholt, untersucht, festgehalten. Waffen? Ich sah keine, wenn nicht Federmesser Dolche sind. So geht es Block um Block. Durchsuchung und blindwütige Schießerei. Verprügelung der Hausbewohner, die von der Arbeit kommen.

Wir biegen rechts ab und halten wieder an einer Straßenecke. Wieder bellt rechts die Maschine ein paar Takte lang. Im selben Augenblick hebt ein Wachtmeister, der hier Dienst tut, den Karabiner, fährt mit der Mündung an Balkonen und Fenstern entlang. Warum? Gegen wen? Wir sehen uns vergeblich die Augen aus."

Und das "8-Uhr-Abendblatt", das bekanntlich der Deutschen Volkspartei nahesteht, fragt "Waren alle Schüsse berechtigt...??" "Wie viele der 21 Getöteten starben als Opfer unnötigen Feuerns?!" und fordert eine strenge Untersuchung, um festzustellen, an welchen Schüssen die Opfer der Maitage verbluteten.

Die Polizei hat ihre Verluste auch angegeben: 47 Mann sind danach zu Schaden gekommen. 4 haben angeblich Gehirnerschütterung, einer ist durch einen Schuß verletzt worden. Wieviel die Hosen voll hatten, wird nicht gesagt. Aber die Meldung ist verlogen, denn der eine Mann mit der Schußverletzung, diese eine "Rechtfertigung" der Arbeitermorde, hat sich aus Versehen selbst verletzt. Dagegen berichtet das "8-Uhr-Abendblatt" am 7. Mai über die Obduktion der Opfer:

"Bis in die heutigen Nachmittagsstunden hat man 17 Getötete einer eingehenden ärztlichen Untersuchung unterzogen. Dabei erstreckte sich die Prüfung vor allem auf die Frage, durch wessen Geschosse diese Menschen ums Leben gekommen sind. Das bisherige Ergebnis der Obduktionen ist geeignet, den Vorwürfen, die gegen die Polizei wegen ihres teilweise volkommen unnötig scharfen Vorgehens erhoben werden, neue Nahrung zu

geben. Wurde doch einwandirei ermittelt, daß alle Getöteten, bei denen noch Geschosse gefunden wurden, durch die Schüsse von Polizeibeamten ums Leben gekommen sind. Bei den ärztlichen Untersuchungen wurden 9 Millimeter und 7,5 Millimeter große und spitze Geschosse gefunden, die einen Kupfermantel besaßen. Es kann sich bei den durch die Schüsse der Polizeibeamten Getöteten auch nicht um Leute handeln, die etwa ihrerseits auf die 'olizisten geschossen hätten. Denn die Untersuchung, die von den anderen amtlichen Stellen zur Aufklärung der Vorgänge eingeleitet worden ist, hat auch nicht einen einzigen Fall zutage gefördert, in dem festgestellt werden konnte, daß ein Zivilist auf einen Beamten geschossen hat. Es war von polizeilicher Seite gemeldet worden, daß ein Beamter, Schußverletzungen davongetragen habe. Die bisherigen Ermittlungen zur Aufklärung dieser Angelegenheit haben ergeben, daß dieser Beamte sich offenbar durch einen unglücklichen Zufall zelbst verletzt hat."

Das blutige Ergebnis dieser Raserei sind, soweit bis jetzt bekanntgegeben wurde:

27 Tote, 75 Schwerverwundete, 200 Leichtverwundete.

2000 Menschen sind eingefangen worden, 400 von ihnen sollen vor Gericht gestellt werden. Was die Kugeln der Polizisten verschonten, soll dem Nachrichter zur Erledigung überwiesen werden. Der Rote Frontkämpferbund ist verboten. Kommunistische Zeitungen sind verboten. Ein Anfang? Was folgt noch?

27 Tote hat Herr Zörgiebel auf die Straße legen lassen. Wozu?

Die Koalition braucht Leichen Provokation!

Den Berliner Arbeitern am 1. Mai die Straße zu verbieten, sie zu verbieten durch einen Sozialdemokraten, war eine Herausforderung der Arbeiterklasse. Der ganze Verlauf der Polizeiaktion, die rohen, provokatorischen Angriffe am Beginn, die Aufplusterung der Krawalle, die Hinhaltetaktik, die unglaublichen, für den naiven Verstand leichtfertigen Befehle und schließlich die Menschenjagd — alles das beweist auch für den Uneingeweihten, Unpolitischen, daß diese Provokation nicht nur in der Sache lag, sondern daß sie gewollt war. Selbst im Bürgertum setzt sich diese Erkenntnis immer mehr durch. Aber so ungeheuerlich diese Sache ist, so unbegreiflich ist sie nicht. Denn es ist in der Geschichte der Deutschen Republik nicht das erstemal, daß ein Aderlaß an der Arbeiterklasse planmäßig hervorgerufen worden ist. Graben wir etwas nach in dieser Geschichte.

Wie war es denn mit den Januarkämpfen 1919? Ihnen gingen voraus die Ereignisse vom 6. Dezember 1918, ein ganzer Rattenschwanz von konterrevolutionären Attacken, die ihre Krönung fanden in der Proklamation Fritz Eberts zum Präsidenten. Dem 6. Dezember folgte die blutige Weihnacht, deren Held der Kommandant Wels war. Die Volksmarinedivision, des Spartakismus verdächtig, wurde planmäßig durch Verleumdungen und durch Sperrung der Löhnung, also Aushungerung, in einen Konslikt hineingetrieben. Die Truppen waren bereitgestellt, sie niederzuwersen. Der Schlag ging sehl, obwohl Kanonen gegen Schloß und Marstall krachten. Da mußte stärker

Das Mittel, die Arbeiter aufzupeitschen, war die beschworen werden. Entlassung Eichhorns, der für die Berliner Arbeiterschaft der letzte revolutionäre Treuhänder auf einem Machtposten war. Es war alles vorbereitet von der Verschwörung Eberts mit Groener (am 10. November 1918) an bis zum Aufmarsch der Landsknechtstruppen vor Berlin. Erst als die Schlacht vollkommen vorbereitet war, erfolgte der Stoß gegen Eichhorn, und dann wurde noch nachgeholfen, um die Arbeiterschaft in die nötige Gärung zu bringen, sie aber gleichzeitig auf militärisch verlorene Posten zu locken: Die Zeitungen sind am 6. Januar 1919 durchweg unter Leitung bezahlter und offiziell festgestellter Spitzel der Kommandantur besetzt worden. Es war eine ganze Kette von Provokationen. Zweck: Schwächung und Nieder-

schlagung der revolutionären Arbeiterschaft Berlins.

Wie war es bei den Berliner Märzkämpien 1919? Noske war mitten in seinem "Feldzug zur Herstellung verfassungsmäßiger Zustände". Bremen und Gotha waren niedergeschlagen, Rheinland und Mitteldeutschland mit konterrevolutionären Truppen überflutet. Da wälzte sich ein gewaltiger Generalstreik vom Rheinland über Mitteldeutschland aus über das ganze Reich. Er ergriff die Hauptstadt. Die Regierung Ebert-Noske fühlte die Fundamente ihrer Existenz wanken. Die Kommunisten beschränkten den Kampf auf den Generalstreik. Die Regierung aber brauchte den bewaffneten Kampf, Man griff zum alten Mittel. Während man an die Straßenecken die schreienden Plakate klebte: "Die Sozialisierung ist da!", löste man die Matrosendivision und die Republikanische Soldatenwehr auf. Mit der Hungerpeitsche trieb man sie in den Kampf. Durch der schändlichen Schwindel von der Ermordung der Lichtenberger Polizei hitzte man die Atmosphäre so an. daß es zum Entscheidungskampf kommen mußte. Noske stellte fest, daß in diesen Kämpfen 1500 Menschen das Leben verloren. Provokation! Zweck: Entwalinung der letzten Truppenmacht, die aus der bewaisneten Volksmasse hervorgegangen war, und endgültige Bändigung der Berliner Arbeiterschaft.

Wie kam es zur Münchener Räterepublik? Düsseldorf, Halle, Magdeburg, Braunschweig, faktisch ganz Norddeutschland war in den Händen der Konterrevolution. Nur in Bayern hatte die Arbeiterklasse noch eine starke Versuche der bayerischen sozialdemokratischen Regierung, die Münchener Garnison zu entwaffnen oder unter die Fuchtel "zuverlässiger" Offiziere zu bringen, riefen eine starke Gärung hervor. Da forderte eine sozialdemokratische Versammlung in Augsburg unter der Leitung des da-·maligen Sozialdemokraten, jetzigen Sozialfaschisten Niekisch die Ausrufung der Räterepublik. Eine Gruppe ehrlicher, aber kurzsichtiger Revolutionäre aus verschiedenen Lagern zusammen mit offen konterrevolutionär gesinnten Sozialdemokraten beschloß die Räterepublik. Leviné, der Führer der Münchener Kommunisten, erklärte sich grundsätzlich gegen das Unternehmen, warnte, sprach offen aus, daß hier eine Provokation gemacht werde, die in eine Katastrophe führen müsse. Es half nichts, An der Bildung der Räterepublik war der sozialdemokratische Kriegsminister Schneppenhorst beteiligt. Er war einer der Eifrigsten, beteuerte seine Anhänglichkeit an die Revolution und garantierte für den guten Willen seiner Ministerkollegen. Dann reiste er nach Nürnberg, um angeblich für die Räterepublik zu wirken, und organisierte den militärischen Aufmarsch gegen das rote München. Die Folgen sind bekannt, Provokation! Zweck: Erdrosselung der Revolution in Bayern,

Und die mitteldeutschen Märzkämpie 1921? Damals war Deutschland in einer außerordentlich schwierigen Situation, die Atmosphäre geladen mit innen- und außenpolitischen Spannungen, die zu harten Klassenkämpfen führen konnten. Verhandlungen mit der Entante in London gescheitert; englische und französische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschiert; in Oberschlesten Aufhitzung der nationalen Leidenschaften; schwere Krise zwischen Bayern und Reich, drohender Verfall der Reichseinheit wegen der Forderung der Entente, die Einwohnerwehren aufzulösen; schwer wirtschaftliche Kämpfe: umfassende Lohnbewegungen der Landarbeiter in Mecklenburg. Pommern, Ostpreußen usw. Da brachen der Minister Severing und der Oberpräsident Hörsing einen Kampf im Mansfelder Gebiet vom Zaun, indem sie den Bezirk mit Polizeitruppen überfluteten und die Betriebe besetzten. Statt jeder anderen Ausführung hier ein Wort des Hauptverantwortlichen, das zeigt, mit welchem Raffinement der Kampf herausgefordert wurde. Severing schrieb am 7. April 1921 im "Berliner Tageblatt" gegen die Vorwürfe der Deutschnationalen, er habe zu schwache Kräfte nach Mitteldeutschland geworfen und die Reichswehr nicht genügend eingesetzt:

"Wäre der Einsatz von Polizeikräften so massiert worden, wie es heute (vermutlich aus parteipolitischen Erwägungen) als größte Weicheit bezeichnet wird, dann wäre das Gewitter nicht zur Entladung gekommen die Schwüle aber geblieben. Sicher hätte die Polizei einige Waffen gefunden. Dynamit den rechtmäßigen Besitzern wieder zugeführt und Rowdies zur Anzeige gebracht. Aber zu einer völligen Beruhigung hätte dieser Erfolg nicht geführt, der Aufstand wäre latent geblieben" (d. h. der Aufstand wäre nicht ausgebrochen).

Also Ptovokation! Zweck: Niederschlagung eines Teiles der Arbeiterklasse, ihre paltung und derartige Schwächung, daß es gelang, die anderen Gefahrenpunkte leicht zu überschreiten.

Die Provokation, die planmäßige Schaffung einer Situation, durch die die Arbeiterklasse zu einer Machtprobe gezwungen werden soll, ist also ein Mittel, das in der Hexenküche der deutschen Konterrevolution und besonders von den sozialdemokratischen Führern oft genug angewandt worden ist. Sie ist die Zuflucht aller "Staatsmänner", die über eine starke materielle Macht verfügen, aber eine bereits moralisch und historisch verurteilte Sache verteidigen. Schon Bismarck hatte das begriffen. Mit besonderem Nachdruck drängt sich das Mittel der Provokation aber gerade den Renegaten auf, die aus der Arbeiterklasse hervorgegangen sind und sich in den Dienst der herrschenden Klasse gestellt haben. Denn sie kennen am besten die Geistesverfassung, die Gefühle und die Ideale der Arbeiter und wissen, wo sie anzupacken haben. Konnte es ein geeigneteres Angriffsobjekt geben als gerade die Maiseier, mit der die Arbeiter verwachsen sind? Konnte es einen wirkungsvolleren Provokateur geben als gerade einen Sozialdemokraten? Zudem hatte man zwei Trümpfe in der Hand, von denen man annehmen durfte, daß sie stechen würden, das heißt, daß sie die mit jeder Provokation verbundene Gefahr des allgemeinen, machtvollen, siegreichen Widerstands der aufgepeitschten Klasse bannen würden. Diese beiden Trümpfe waren die Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsbureaukratie einerseits und die gegenwärtige Führung der Kommunistischen Partei auf der anderen Seite.

Koalition

Welchen Zweck verfolgte diese Provokation Hörsings? Vielleicht gibt einer darauf die Antwort, der gerade vor dieser Frage ausweglos die Hände ringt. In der Mai-Nummer des links-sozialdemokratischen "Klassenkampf" schließt der Austromarxist Max Adler einen Aufsatz über den Sinn des 1. Mai so:

"So war sie (die Maifeier) vom ersten Wiedererstehen im Kriege angefangen Protest gegen das Völkermorden, und so ist sie seither der gewaltigste Aufruf gegen Imperialismus, Militarismus und neuen Krieg geworden. Aber dies alles kann die Maifeier doch nur dann sein, wenn sie ihren alten antibürgerlichen und antikapitalistischen Klassenkampfgeist lebendig erhält. Welche Gewissensbelastung oder bestenfalls Gedankenlosigkeit mutet man also dem sozialdemokratischen Proletariat zu, wenn man es feierlich zur Bekundung des revolutionären Maiprotestes aufruft, dabei aber zugleich an einer seiner größten Machtstellen, in Berlin, im Interesse der öffentlichen Sicherheit und noch mehr der Autorität des Staats den Arbeitern die Straße verbietet? Wenn dies wirklich die Sicherheit und die Autorität des bürgerlichen Staats verlangt, warum müssen es denn gerade sozialistische Minister und Polizeitunktionare sein, die diese Aufgabe auf sich nehmen? Und wie kann man dem Proletariat zumuten, am 1. Mai feierlich für Abrüstung und Weltfrieden seine Stimme (in Berlin nur im Saale) zu erheben, wenn man der Welt das unerhörte Schauspiel gibt, zwar als sozialdemokratische Fraktion "prinzipiell gegen den Bau von Kriegsschiffen zu stimmen, aber die sozialistischen Minister in der Regierung zu belassen, die diesen abgelehnten Bau durchzuführen hat. Ward je in solcher Laune ein 1. Mai geseiert? Und was glaubt man wohl, was eine solche Feier unter solchen Umständen für eine Kraft haben kann, die eigenen Massen zu erheben und die Indifferenten zu gewinnen? Es ist die höchste Zeit, daß der 1. Mai ein Tag der Selbstfindung des sozialdemokratischen Proletariats wird, der Rückgewinnung seiner sozialrevolutionären Kraft and seines revolutionären Zornes."

Sehr radikale Worte, die Max Adler da spricht. Aber er steht doch vollkommen hilflos vor den Widersprüche .: "prinzipielle" Ablehnung von Panzerschiffen durch die Parlamentsfraktion und Durchführung des Panzerschiffbaues durch die Minister; feierlicher Protest für Abrüstung und Weltfrieden und Verbot der Maidemonstration durch sozialdemokratische Staatsmänner. Es sind doch nicht die einzigen Widersprüche, die sich in der Politik der Sozialdemokratie zeigen. Ein einziger kreischender Widerspruch zieht sich durch diese Politik. Schluß mit der infamen Steuerpoltik des Bürgerblocks! schrie die Sozialdemokratie vor einem Jahre im Wahlkampf, und Herr Hilferding bringt einen Etat, der nichts ist als die Fortführung dieser Steuerpolitik. Er bringt neue Hunderte von Millionen Massensteuern und als Schönheitspflästerchen ein bischen Erbschaftssteuer- und Besitzsteuererhöhung. Dann folgt der Sturm der kapitalistischen Parteien und, um die Regierungskoalition zu retten, verzichtet Herr Hilferding auf Erbschafts- und Besitzsteuer und streicht ein halbes Hundert Millionen aus dem Etat heraus, die für die Unterstützung von Arbeitslosen, Sozialrentnern und anderen Hungernden bestimmt waren. Resultat: die Steuerpolitik des Bürgerblocks Abbau des Zollwuchers, hieß es vor einem Jahre, und inzwischen ist die Zuckersteuer von der Regierung mit Zustimmung der Sozialdemokratie gewaltig erhöht, um den Profit des großen Zuckerkapitals Sicherung des Achtstundentages wurde verkundet. Herr Wissell aber legt den Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes vor, das vom

Bürgerblock ausgearbeitet, vom Reichswirtschaftsrat verschlechtert ist und nach welchem der durchlöcherte Achtstundentag zu einem einzigen Loch wird. Dieses famose "Arbeitsschutzgesetz" beseitigt sogar in wesentlichen Punkten den Schutz der Frauen- und Kinderarbeit, der vor einem halben Jahrhundert im wilhelminischen Deutschland als selbstverständlich galt und stets die Grundlage jedes Arbeiterschutzes gewesen ist. "Politischer Lohn", Besserung der proletarischen Lebenshaltung durch die Regierungsgewalt, das war die Losung, mit der Hilferding auf dem Kieler Parteitage die Koalitionspolitik versocht. Aber jeder Schiedsspruch der Beauftragten der Koalitionsregierung, die meist Sozialdemokraten sind, betrügt die Arbeiter um die Erfolge ihrer Kämpfe. Rückschlagung des Angriffs des Ruhrkapitals auf den Staat proklamierte die Sozialdemokratie bei der letzten Ruhraussperrung. Herr Severing aber fällt einen Schiedsspruch, der den Trustkapitalisten gibt, was sie verlangten. Schluß mit den tollen Ausschreitungen der Gerichte in Hochverrats-, Landesverrats-, Meineids-, Gotteslästerungsprozessen, so ruft nach jedem Justizskandal die sozialdemokratische Presse. Wo aber ist eine einzige Anweisung dieser Regierung an die Staatsanwälte, ihre Attacken einzustellen? Selbst über einen Jorns hält der Justizminister der Koalition nach der moralischen Vernichtung dieses Reichsanwalts noch seine schützende Hand. Der Sozialdemokrat Zörgiebel war es, der das Reichsgericht zu unglaublichen Urteilen gegen die Kommunisten Hauschild und Steinicke aufstachelte, nachdem selbst der Oberreichsanwalt eine Verfolgung der beiden Preßsünder abgelehnt hatte. Und jetzt wird im Reichstag über ein Strafgesetz dieser Koalitionsregierung verhandelt, das die Willkur der Richter erweitert und gerade die Hochverrats-, Landesverrats- und Meineidsparagraphen, die gefährlichsten Instrumente der Klassenjustiz, verschärft und derart ausdehnt, das den Justizverbrechen à la Fechenbach und Wandt die Tore noch weiter aufreißt. Wohl rühmt sich die Sozialdemokratie, sie bringe die Todesstrafe zu Fall. Aber gleichzeitig erklärt sie sich im Prinzip bereit, der Ungeheuerlichkeit einer lebenslänglichen willkürlichen Einsperrung von "Gewohnheitsverbrechern" zuzustimmen, einer Tortur aus der Blütezeit des Absolutismus, die schon gewöhnlichen Verbrechern gegenüber eine Kulturschmach ist, von der Klasseniustiz aber bestimmt als Waffe im politischen Kampf gebraucht werden wird. Für die freiheitliche Entwicklung der Schule und der Erziehung deklamiert die Sozialdemokratie, aber Herr Braun, der preußische Ministerpräsident, verschachert in der Dunkelkammer bereits die Schule an die katholische Kirche und folgt der bayerischen Reaktion und Mussolini auf dem Wege zum Konkordat.

Das ist die Bilanz eines einzigen Jahres, und so klasst schon seit einem Jahrzehnt in der Sozialdemokratie der Widerspruch zwischen Wort und Tat. Eine Partei ist nicht das, was sie sagt, sondern was ihre Führer tun und ihre Anhänger dulden. Jede Tat der Sozialdemokratie ist Schutz und Förderung des nationalen Kapitals.

"Verbrennt doch endlich die alten Manuskripte, die ihr für Volksversammlungsreden vor der Republik angefertigt habt!"

So rief Hermann Müller, der jetzige Kanzler, seinen Parteigenossen 1921 auf dem Görlitzer Parteitag zu. Das war eine Mahnung, die Worte in Uebereinstimmung zu bringen mit den Taten dieser Partei. Aber das gerade geht nicht. Sie braucht die Phrasen von der Vertretung der Arbeiterinteressen, von Freiheit und Kultur. Sie braucht den inneren Widerspruch, die Demagogie. Denn nur durch diese Phrasen kann sie die Arbeiter an sich fesseln, und nur wenn sie Hunderttausende von Arbeitern zu ihren Mitgliedern, Millionen zu ihren Anhängern zählt, die sie mit eitlen Hoffnungen füttert, nur dann kann sie ihre wirkliche politische Aufgabe erfüllen. Nur dann hält sie die Arbeitermassen in Verwirrung, läßt sie sie pendeln zwischen Hoffnung und Enttäuschung, hält sie diese Millionen durch die tägliche politische Beeinflussung und die Disziplin der Partei vor dem Kampfe für die Ziele zurück, die den Arbeitern als Lockspeise vorgehalten werden. Diese Verwirrung und Spaltung der Arbeiterklasse, sowohl wo es sich um die täglichen, als wo es sich um die Zukunftsinteressen der Arbeiterklasse handelt, das ist gerade der wichtigste Dienst, den die sozialdemokratischen Führer dem herrschenden Trustkapital leisten.

Der "Vorwärts" hat einmal geschrieben: "Der Verzicht auf die Koalitionspolitik überhaupt bedeutet den kaum noch vermeidlichen Bürgerkrieg." Ein Körnchen objektiver Wahrheit ist in diesem Satz enthalten, denn wenn sich die Arbeiterklasse in ihrer erdrückenden Mehrheit losreißen könnte von der verhängnisvollen Verstrickung an die Interessen ihrer Klassenfeinde, wenn sie rücksichtslos und ungehemmt für ihre eigenen Ziele kämpfen würde, dann würden ihre Kräfte wachsen und sich entfalten, daß sie mächtig genug wäre für den Entscheidungskampf. Und der wäre freilich die bewaffnete Auseinandersetzung mit der Klassen- und Staatsmacht der Bourgeoisie, Sonst aber ist die Koalitionspolitik das gerade Gegenteil von dem, was der "Vorwärts" verkündete. Die ganze Geschichte der Koalitionspolitik im Reich, in den Ländern und im Auslande beweist, daß die Sozialdemokratie immer dann von der Bourgeoisie zur Regierungsgewalt berufen wurde, wenn große Entscheidungen fallen mußten, wenn die Kapitalistenklasse in äußerster Bedrängnis war oder wenn sie einen besonderen Schlag gegen das Proletariat vorbereitete. Dann war die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung das Mittel zur Verwirrung, Spaltung und Schwächung der Arbeiterklasse. Bis heute ist durch die sozialdemokratische Regierungspolitik noch keine einzige nennenswerte Reform für die Arbeiterklasse errungen worden. Man prüfe ernsthaft die Tatsachen, und man wird finden, daß alle Koalitionspolitik nur das Ergebnis hatte, das abzubauen, was sich die Arbeiter im November 1918 in stürmischem Anlauf erobert hatten. Sozialdemokratische Regierungspolitik von 1918 bis 1922 hieß Noskefeldzug, hieß Bündnis mit den Kapptruppen gegen die kämpfenden Ruhrarbeiter und das mitteldeutsche Proletariat, unmittelbar nach der Erledigung des Kapp-Abenteuers, hieß Märzprovokation von 1921, hieß gefüllte Kerker und geleerte Teller, hieß Arbeitsgemeinschaft, Raub des Achtstundentages, schamlose Ausplünderung der breiten Volksmassen und Festigung der wirtschaftlichen und politis : en Kapitalsmacht. Und als sich 1923 die Kapitalisten im Ruhrkrieg wieder an den Rand des Verderbens manövriert hatten, da wurden für die Sozialdemokratie wieder die Tore der Regierung aufgemacht, damit sie mithelfe, die sächsisch-thüringische Arbeiterschaft niederzuschmettern im Namen der geheiligten Demokratie und im gleichen Namen dem Trustkapital und der Reaktion die diktatorische Gewalt der Ermächtigungsgesetze in die Hand Stets, wenn die Kapitalistenklasse festen Boden unter den Füßen fühlte, durfte sich die Sozialdemokratie trollen, so heftig ihr Herz auch nach Regierungsstellen schlug.

Max Adler ringt die Hände wie einer, der die Welt nicht mehr versteht: Warum müssen es denn gerade sozialistische Minister und Polizeifunktionäre sein, die die Provokation der Arbeiterklasse auf sich nehmen? Das ist ja das Geheimnis. Gerade Sozialdemokraten müssen es sein. Ein Keudell oder irgendein anderer Vollzugsbeamter Hugenbergs hätte die Provokation nicht gewagt und durfte sie nicht wagen, weil er die ganze Arbeiterklasse Berlins zum geschlossenen, machtvollen Widerstand aufgerufen hätte.

Nur ein Zörgiebel, nur ein Sozialdemokrat durfte eine solche Provokation wagen.

Die Tatsache aber, daß die Koalition besteht, beweist, daß das Kapital wieder einmal nach der Gurgel des Arbeiters packt. Das Maigemetzel war nur Vorspiel, Mittel zur Einschüchterung und tieferen Zerklüftung der Arbeiterschaft.

Der Beicht der Trusts vollstreckt

Der deutsche Kapitalismus hat sich aus den schweren Krisen, die Folgen des Krieges und der Niederlage waren, wieder herausgewunden. Seine Kapitalkraft ist größer als vor dem Kriege. Sein technischer Apparat hat eine höhere Stufe erstiegen. Seine Produktivität ist gesteigert. Ungleich stärker als alle anderen kapitalistischen Unternehmen haben die Kapitalsriesen gewonnen. Die kartellmäßige Organisation des Kapitals ist durch die Trusts überboten worden, die die eigentlichen Kommandeure der Wirtschaft und der Politik geworden sind.

Die Grundlage dieser riesigen Entfaltung der kapitalistischen Macht war die Niederschmetterung der Arbeiterklasse durch die Schläge der Konterrevolution und die verruchte Koalitions- und Arbeitsgemeinschafts-Politik der Sozialdemokratie. Die Jahre der Inflation lieferten der Industrie, den "Sachwertbesitzern", die finanziellen Mittel zur Wiederaufrichtung ihrer Kapitalmacht, indem es gelang, durch Reduktion der Reallöhne die Lebenshaltung der Arbeiter auf ein Hungermaß herabzudrücken und alle anderen Schichten der bürgerlichen Gesellschaft planmäßig auszuplündern. Das lieferte den Grundstock. Dazu kamen dann die Milliardenkredite des Auslandes, die es erlaubten, den Produktionsapparat zu modernisieren und neue Methoden für die Ausplünderung der Arbeitskraft zu finden, die sogenannte Rationalisierung der Wirtschaft.

Doch das ist der Fluch der Prositwirtschaft, daß jeder Ausstieg des Kapitals mit dem Auskommen neuer Schwierigkeiten und Widersprüche verbunden ist. Mit der ständigen Erweiterung der industriellen Leistungsfähigkeit hält die Erweiterung des Marktes nicht Schritt. Nicht nur in Deutschland ist diese Leistungsfähigkeit gestiegen, sondern in allen kapitalistischen Ländern, in manchen sogar unvergleichlich stärker. Außerdem sind neue Konkurrenten ausgetreten in Ländern, die vor dem Kriege noch keine nennenswerte kapitalistische Produktion hatten. Die Folgen zeigen sich in Deutschland darin, daß viele Industrien die Leistungsfähigkeit ihrer Fabriken und Maschinen nur zu zwei Dritteln, zur Hälfte und in noch geringerem Maße ausnutzen. Die Folgen zeigen sich in der ungeheuer angeschwollenen Reservearmee der Arbeitslosen. Wohl macht die Industrie große Prosite, aber sie könnten viel größer sein, wenn es gelänge, den Absatz so zu steigern, daß die Betriebe voll beschäftigt sind.

Das Mittel? Unterbietung der Konkurrenz auf dem Weltmarkte durch Senkung der Produktionskosten. Senkung der Produktionskosten durch Steigerung der Ausbeutung. Diesem Zweck dienen heute schon alle Methoden, die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu schwächen, dienen die Schiedssprüche, die verhindern, daß die Löhne mit der Teuerung Schritt halten, dient die Steuerpolitik wie der Steuerbetrug. Aber darüber hinaus bereitet sich ein neuer Angriff auf die Arbeiterklasse vor. Schon wird erörtert, ob man nicht künstlich eine neue Inflation schaffen soll, um durch sie die Kaufkraft der Löhne herabzusetzen und auf dem Weltmarkt eine neue Schleuderkonkurrenz zu machen. Dem gleichen Zweck dienen die schon erwähnten gesetzgeberischen Maßregeln, durch die der Achtstundentag vollkommen beseitigt, der Arbeitszeit praktisch jede Grenze genommen, der Arbeiterschutz abgebaut werden soll.

Dieselben Schwierigkeiten, die zur Schleuderkonkurrenz auf dem Weltmarkte führen, steigern zugleich die imperialistischen Gelüste des deutschen Kapitals. Denn die Welt ist verteilt in Kolonien und Einflußsphären, in denen die nationalen Industrien sich Monopolrechte gesichert haben. Die gewaltigsten Geschäfte werden nicht durch die primitive kapitalistische Konkurrenz gesichert, sondern durch das Ausspielen der Staatsmacht, durch die Diplomatie, die die Kanonen als Druckmittel benutzt. Aus diesem Grunde die offenen und versteckten Rüstungen, das Verpulvern von Milliarden für militärische Zwecke. Aus diesem Grunde nutzen die deutschen Kapitalisten alle internationalen Konferenzen aus, um die Fesseln des Versailler Vertrags nach und nach abzustreifen, fordert Herr Schacht Kolonien, erhebt das deutsche Kapital seine Ansprüche bei der kommenden Neuverteilung der Welt. Die deutsche Politik wird ein immer stärkerer Faktor bei der Vorbereitung des neuen Weltkrieges.

Die führenden Kapitalistencliquen wissen sehr gut, daß alle diese Plane nur verwirklicht werden können, wenn es gelingt, die Arbeiterklasse zu schwächen, die Staatsmacht zu stärken. Das verbirgt sich hinter dem, was man die Krise des Parlamentarismus nennt. Ungestüm fordern die Reaktionäre, die Vollmachten des Reichspräsidenten zu erweitern. Von seinem Veto, seinem Einspruchsrecht soll die Gesetzgebung abhängen. Aus eigenem Willen, unabhängig vom Willen des Parlaments soll er die Regierung berufen können. Die Deutsche Volkspartei, die Partei des Großkapitals mit ihrem gewaltigen Einfluß, verlangt, daß eine Regierung erst gestürzt werden kann, wenn ihr zwei Drittel des Parlaments das Mißtrauen aussprechen. Die Regierungsgewalt soll damit faktisch unabhängig vom Parlament werden, Schon kommt den Herrschaften die Sozialdemokratie auf diesem Wege entgegen. Hermann Müller hat bereits zugesagt, daß die wichtigsten politischen Entscheidungen künftig nicht unmittelbar im Parlament, sondern in einem unverantwortlichen Ausschuß der Regierungsparteien fallen. Der Sinnn aller dieser Vorstöße ist, die Staatsmacht noch unmittelbarer und fester in die Hand des Trustkapitals zu bringen und ihre Schlagkraft gegenüber der Arbeiterklasse zu stärken. Zu alledem kommt die Förderung der faschistischen Verbände als einer Bürgerkriegsarmee gegen das Proletariat.

Das sind die weitausgreifenden Pläne des deutschen Trustkapitals. Ihnen diente als ein erster brutaler Vorstoß die Majprovokation,

Aber für den Augenblick kommen noch andere Zwecke hinzu. Zur Zeit tagt die Reparationskonferenz. Es geht um die Höhe der Reparationslasten, die Deutschland aufgebürdet werden sollen, und um die festere Einordnung Deutschlands in die Reihe der imperialistischen Mächte. Das war eine passende Gelegenheit für die deutsche Regierung, ein wenig Macchiavell zu spielen. Vom preußischen Ministerpräsidenten Braun wird in der Presse mitgeteilt, er habe in einer Kabinettssitzung erklärt, das Berliner Demonstrationsverbot werde sich nicht ungünstig auf die Reparationskonferenz auswirken. In der Tat! Zeigen wir den Herrschaften in Paris, daß die revolutionäre Gefahr in Deutschland nicht gebannt ist, dann werden sie einsehen, daß sie ihre Forderungen nicht zu hoch schrauben dürfen, und daß die Konferenz nicht scheitern darf.

Beweisen wir ihnen aber zugleich, daß wir stark genug sind, jede Empörung der Arbeiterklasse niederzuwerfen, und unser Kredit wird gestärkt.

Die Retter der Gesellschaft

Das waren die Hintergründe der Maiprovokation, soweit die Interessen des Kapitals in Betracht kommen. Aber die sozialdemokratischen Führer hatten noch besondere Beweggründe zu dem Anschlag. Die Koalitionspolitik seit der letzten Reichstagswahl ist bisher nur eine einzige Regierungskrise gewesen. Von Schritt zu Schritt hat die Sozialdemokratie den Koalitionsbrüdern neue Konzessionen gemacht, und dennoch ist die wirkliche, die feste, große Koalition noch nicht hergestellt. Keine Ferienregierung soll es sein, so hat Herr Severing verkündet, sondern ein Bund von dauerndem Bestand. Ihn herzustellen, welch besseres Mittel könnte es geben, als das, seine unbedingte Zuverlässigkeit zu beweisen. Seht, so rusen sie der Bourgeoisie zu, wir sind noch die Alten von ehedem. Was ein Noske konnte, wir können es heute wieder. Was ihr nicht wagen könnt, wir tun es. Wir haben euch schon einmal vom Bolschewismus errettet und sind gewillt, es öfter noch zu üben. Frankreich brauchte vor 70 Jahren einen Napoleon, einen Mann, umgaukelt von der Glorie seines Onkels, das Land vor der "Anarchie" zu erretten. Wo habt ihr einen Mann, der euch die Massen in Ruhe hält und sie an eure Politik kettet, der ihre Einigung verhindert? Wir allein können das, weil wir in den Augen der Masse noch immer die Träger der Tradition Bebels und Liebknechts sind. Wir, Gevatter Schneider und Handschuhmacher, wir sind die Retter der Gesellschaft, Schluß also mit der Ungewißheit, Garantien, feste Verträge!

Freilich ist ein Jahr Koalitionspolitik nicht ohne Wirkung auf die Arbeiter. Wenn der Arbeiter auf der Aktivseite dieser politischen Bilanz eine dicke Null, auf der Passivseite aber die Aussperrungen, die schändlichen Schiedssprüche, die Angriffe auf den Achtstündentag und schließlich gar den Panzerkreuzer und das imperialistische Wehrprogramm findet, dann wird auch der gläubigste Anhänger der Partei ungemütlich, und er schlägt auf den Tisch: Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft! Diesem rebellierenden Gesellen muß man nachweisen, daß Koalitionspolitik und Sozialdemokratie noch immer das kleinere Uebel bilden, die Kommunistische Partei ihn aber in Gefahren und Niederlagen hineinführt. Man muß ihm beweisen, daß der Bruch der Koalitionspolitik den Bürgerkrieg bedeutet, und bekanntlich geht den linken Sozialdemokraten aller Mut und aller Marxismus

zum Teusel, wenn vom Bürgerkrieg die Rede ist. Also sorge man für die Beweise durch eine Provokation!

Zweifellos ist eine Radikalisierung der Massen im Gange. Ihre Unzufriedenheit mit der Koalitionspolitik und dem Versagen der Gewerkschaften zeigte sich bei den Betriebsrätewahlen, wenn auch deren Ergebnisse stark übertrieben worden sind. Unzufriedenheit, aber noch keine Kampfbereitschaft. Hier hatten die Gewerkschaftsführer das Interesse, die Stimmung zu dämpsen und zu zeigen, daß nicht die Unorganisierten, sondern die Organisationen eine zuverlässige Macht bilden. Es ist unzweifelhaft, daß Zörgiebel das Demonstrationsverbot nicht gegen die Gewerkschaften, sondern nur mit Zustimmung und Rückenstütze der Gewerkschaften durchhalten konnte. Ein Druck von dieser Seite hätte genügt, Zörgiebel zum Wie die sozialdemokratische Presse verkündete, Weichen zu bringen. haben ja die Gewerkschaftsführer auch mit Zörgiebel verhandelt. Leider vergeblich. Man muß sich diese Verhandlung lebendig vorstellen. ADGB, fragt ergebenst beim Herrn Polizeipräsidenten an, ob er geneigt sei, seine Vertreter zu empfangen. Dann ziehen Leipart und Graßmann den Bratenrock an, lassen sich melden, machen ihren Bückling, und als die Tür hinter ihnen geschlossen ist, lassen sie sich in den Klubsessel fallen: Nun, alter Junge, wollen wir mal das Ding drehen. Los auf die Kommunisten! Parole? Natürlich: Moskau braucht Leichen! Ist alles abgemacht, dann wird den Arbeitern verkündet, die Vertreter des ADGB. hätten sich durch die Darlegungen des Herrn Polizeipräsidenten überzeugen müssen, daß eine Arthebung des Demonstrationsverbots nicht in Frage kommt.

Die blutigen Ereignisse des Mai können nicht ohne Folgen bleiben. Die Offensive der sozialdemokratischen Führer auf die revolutionären Organisationen ist die Einleitung der Offensive gegen die Lebenshaltung des Proletariats, die Einleitung einer neuen Aera der Politik unverhüllten Scharfmachertums nach innen, der gepanzerten Faust nach außen.

Hinter der Sozialdemokratie lauert der Faschismus, hinter der Unterdrückung der revolutionären Organisationen die Unterdrückung jeder selbständigen Arbeiterbewegung. Es ist absolut richtig, was am 1. März der linkssozialdemokratische "Klassenkampf" schrieb:

"Gegenüber der Behauptung, daß Sozialdemokraten in der Regierung ein sicherer Schutz gegen den Faschismus seien, muß an Hand einer Untersuchung der politischen Entwicklung in den letzten Jahren festgestellt werden, daß die faschistischen Tendenzen gerade dann besseren Boden iinden, wenn Sozialisten in der Regierung sitzen."

Es kann nicht anders sein, denn schließlich werden sich die immer aufs neue enttäuschten Massen dem in die Arme stürzen, der ihnen Befreiung von dem verrotteten Parlamentarismus mit seinem Regierungsspiel und zugleich Befreiung von dem kompromittierten Ding verspricht, das landläufig als "Marxismus" bezeichnet wird, obwohl es das gerade Gegenteil davon ist. Nur ein Mittel gibt es, dieses Verhängnis abzuwenden: Die Zusammenfassung aller der Massen, die sich von der Koalitionspolitik abwenden, zum entschiedenen Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse. Das Rückgrat dieses Widerstandes muß eine zielklare Kommunistische Partei sein.

Gegen Putschismus und Abenteurertum

"Wir dürfen uns nicht davor fürchten, daß wir unsere Fehler vor dem Feinde bloßstellen. Wer das fürchtet, ist kein Revolutionär." Lenin auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale.

Die Vorbereilung des 1. Mai

Das sieht ein jeder, daß die Berliner Arbeiterschaft am 1. Mai eine schwere Niederlage erlitten hat. Es ist die Niederlage des ganzen deutschen Proletariats und seiner revolutionären Partei, der KPD. Angesichts dieser Tatsache kann es nicht genügen, die Schandtaten der Gegner aufzudecken. Es ist zugleich und in erster Linie notwendig, ohne jede Rücksicht festzustellen, welche Fehler, welche Handlungen und Unterlassungen der eigenen Partei den Angriff der Bourgeoisie und der sozialdemokratischen Führer gelingen ließen. Und wenn es sich dabei um Fehler handelt, die nicht in zufälligen Umständen ihre Ursache haben, wenn eine falsche Einschätzung der Gesamtsituation, ein Verkennen elementarer taktischer Grundsätze, ein allgemein falscher Kurs die Fehler verursacht haben, dann ist es nötig, diese Selbstkritik vor aller Oeffentlichkeit zu üben. Denn nur durch eine solche offene, rücksichtslose Kritik kann das gefährdete Vertrauen gefestigt, kann verlorenes Vertrauen wiedergewonnen werden. Und vor allem können nur durch die gründliche Besprechung aller durch die Aktion aufgeworfenen Probleme in der Partei und der gesamten Arbeiterschaft die Einsicht und der Wille geschaffen werden, die Garantien gegen neue ähnliche Niederlagen bilden. Die Opposition hat ein besonderes Recht, von der Mitgliedschaft der KPD. und der Arbeiterschaft gehört zu werden. Sie hat seit langem auf die schweren Fehler der Partei den Finger gelegt und die Gefahren vorausgesagt, die eingetreten sind. Sie hat vor der Mai-Aktion erneut vor den Folgen der falschen Taktik gewarnt und praktische Maßregeln empfohlen, um den Kampf gegen das Demonstrationsverbot erfolgreich zu gestalten und für einen wirklichen Massenaufmarsch am 1. Mai zu sorgen. Sie hat trotz aller Gegensätze und aller Bedenken in den Maitagen diszipliniert ihre Pflicht getan. Jetzt muß sie reden.

Die Zörgiebel und Genossen haben bei ihrer Provokation selbstverständlich den Gegner in Rechnung gestellt, dem die Provokation galt, die Kommunistische Partei. Sie rechneten mit ihrer inneren Zersetzung, mit der Isolierung, in die sie sich hineinmanövriert hat, rechneten damit, daß die Partei durch ihr eigenes Handeln den Absichten ihrer Gegner entgegenkommen werde. Und ihre Rechnung hat gestimmt.

Die Führung der KPD. aber hat in unglaublicher Verblendung über die Größe ihrer eigenen Macht und geleitet von taktischen Anschauungen, die aller revolutionären Erfahrung Hohn sprechen, selbst das Notwendigste zur Vorbereitung der Machtprobe mit dem Staatsapparat und der reformistischen Bürokratie versäumt. Der 1. Mai hat grausam-gründlich über den Einfluß der KPD. in der Berliner Arbeiterschaft Aufklärung geschaffen. In welchem grotesken Widerspruch sich die Einbildungen der kommunistischen Führer zu den wirklichen Tatsachen befanden, dafür einige Beispiele. Am 16. April schrieb Franz Dahlem in der "Roten Fahne";

"Die Betriebe geben dem Herrn Künstler tagtäglich die Quittung, wie in Berlin die Massen stehen. Die bisherigen Resultate der Betriebsrätewahlen zeigen, daß die KPD. die Partei der Großbetriebe wird. . . Auch in den Gewerkschaften ist die Sozialdemokratie in die volle Verteidigung gedrückt. . . Würde die einfachste proletarische Demokratie in den "freien" Verbänden noch gelten, dann würde es sich erweisen, daß die überwältigende Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder hinter den Kommunisten steht. In Berlin würde es keine einzige Gewerkschaftsorganisation geben, die nicht von den Kommunisten beherrscht und geführt würde. . . . usw."

In ihrer Nummer vom 1. Mai verkündete die "Rote Fahne":

"Die Arbeitermassen, die sich vor einem Jahre noch zögernd, noch in dumpfem, schwerfälligem Schritt in Bewegung gesetzt hatten, marschieren heute unter den hellen Faniarentönen der proletarischen Offensive gegen das kapitalistische System. . . Die Kommunistische Partei, die den Reformismus in den wichtigsten Positionen geschlagen hat und in ihrem weiteren Vormarsch schlagen wird, verwächst mit den breitesten proletarischen Massen zur unlösbaren, unbesiegbaren Einheit."

Und Fritz Heckert bramarbasierte am 1. Mai in der "Prawda":

"Die Drohungen der Polizeisozialisten haben die Arbeitermassen nicht erschreckt. Blödsinnige "Warnungen" der Gewerkschaftsbürokraten rufen nur Gelächter hervor. Die Massen sind in gehobener Stimmung. Am 1. Mai werden die Arbeiter in ungezählten Massen auf die Straße gehen und werden demonstrieren auch gegen den Willen der Unternehmer und der Sozialfaschisten. Die Maidemonstrationen der Amsterdamer beweisen den vollkommenen Bankerott der II. Internationale. . . . Das deutsche revolutionäre Proletariat weiß, daß das Auftreten Zörgiebels gegen das Berliner Proletariat in Wirklichkeit ein faschistischer Versuch ist, die revolutionären Arbeiterorganisationen zu verbieten. Und deshalb werden die Arbeiter wie ein Mann demonstrieren unter der Losung: Straße frei am 1. Mai! Der 1. Mai wird in Berlin der Tag der Niederlage der deutschen Sozialdemokratie sein."

Toller noch war, was in den Zellen vor den Mitgliedern ausgemalt wurde. Hinter diesen großsprecherischen Reden stand nicht etwa nur das Bestreben, der Arbeiterschaft für den 1. Mai Mut einzureden, sondern eine Selbstberauschung an gewissen Erfolgen, über deren Bedeutung gerade ein Kommunist sich keiner kritiklosen Täuschung hingeben durfte. Gewiß sind bei den Berliner Betriebsrätewahlen von den Kommunisten Erfolge eingeheimst worden. Sie wurden von der KPD, aufgepulvert, aber sie waren immerhin Erfolge. Doch worin beruhten sie? Sie waren ein Mißtrauensvotum für die Gewerkschaftsführer und Koalitionspolitiker, aber durchaus noch kein uneingeschränktes Vertrauensvotum für die KPD. Sie brachten - bei geheimer Abstimmung! - die Unzufriedenheit mit der gesamten Lage der Arbeiterklasse zum Ausdruck, aber längst noch keine Tatbereitschaft. Hinter ihnen verbarg sich der Gedanke großer Massen, es einmal mit dem anderen Pferd zu versuchen, aber durchaus noch keine überzeugte Zustimmung zu den kommunistischen Grundsätzen und Kampfmethoden. Die völlige Einflußlosigkeit der Partei bei den Wirtschaftskämpfen, trotz aller krampfhafter Anstrengungen, die rückläufige Mitgliederbewegung, das Einschrumplen der Parteipresse - das alles hätte eine verantwortungsbewußte Parteiführung veranlassen müssen, diese äußeren

Erfolge höchst kritisch zu werten und sie durch ernste Arbeit zu wirklichen Positionen auszubauen.

Aber es galt, so "revolutionär" als möglich zu scheinen, und skrupellos wurde in den Mitgliedern eine Romantik großgezogen. Die Auffassung wurde geweckt, als stehe der Machtkampf vor der Tür, und der Kampf um die Straße am 1. Mai sei die unmittelbare Einleitung dieses Machtkampfes. Die "Rote Fahne" nährte diese Gedanken, als sie am 1. Mai schrieb:

"Auf das Wellental zwischen zwei Wellen der Revolution, auf die Flaute, die sich den ersten stürmischen Kampfjahren der Nachkriegszeit anschloß folgt ein neuer revolutionärer Aufstieg. Schon die ersten Signale verkünden den grollenden Donner des künftigen proletarischen Orkans."

Ueber die Tatsache, daß alle großen Auseinandersetzungen der Arbeiterschaft mit den Kapitalisten Abwehrkämpse gewesen sind, wurde hinweggetäuscht, sie wurden in Offensivkämpse umgeschwätzt. Daß es der Partei nicht gelungen war, auch nur in einem der Wirtschaftskämpse die Arbeiter zum Angriff zu bringen, wurde vertuscht. Schlimmer noch, es wurde eine Taktik geübt, die dies gerade verhindern mußte. Und jede Kritik an der Taktik wurde als Opportunismus verschrien. Dem überwiegenden Teil der Mitgliedschaft, den jüngeren mit den revolutionären Erfahrungen nicht vertrauten Kaders, wurde eingeredet, Deutschland marschiere stracks in die revolutionäre Situation hinein.

So wurde eine Atmosphäre in der Partei geschaffen, die den Tatsachen in keiner Weise entsprach. Dabei war es dann freilich kein Wunder, daß die von ihren eigenen Phrasen benebelten Führer den taktischen Forderungen der Stunde völlig hilflos gegenüberstanden. kam darauf an, gegen das Demonstrationsverbot Zörgiebels riesige Massen des Berliner Proletariats auf die Beine zu bringen. Dann war der Erfolg gesichert. Und wenn die romantische Einschätzung der Lage berechtigt war, ja wenn auch nur der ernste Glaube daran bestand, dann war es doch um so nötiger, alle Mittel der Massenmobilisation anzuwenden. Nichts geschah außer dröhnendem Geschreibe in den Zeitungen. Warum auch? Man hatte doch die entscheidenden Betriebe "in der Hand". Die Stimmzettel, das Beweismittel jedes parlamentarischen Kretins, hatten bereits alle Fragen entschieden. Mitglieder, die sich ernsthaft die ganze Größe der Aufgabe vor Augen hielten, Betriebszellen machten Vorschläge, um die Massen für die Demonstration zu gewinnen. Die Führer gingen in ihrer Selbstüberhebung darüber hinweg: Das wäre noch schöner, wenn die da unten auch was meckern wollten. Der politische Verstand ist von den Remmele, Heckert, Ulbricht, Dahlem monopolisiert. Die Opposition der KPD. sah die Partei in ein Verhängnis hineinrennen. Sie versuchte, sich dem entgegenzustemmen. Rechtzeitig, am 16. April, zwei Wochen vor dem 1. Mai, schickte die Leitung der Opposition Berlins an die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg einen Brief, in dem es hieß:

.... Unter diesen Umständen ist es die Pflicht der Kommunistischen Partei, die Arbeiterschaft zur schäffsten Gegenwehr gegen das Demonstrationsverbot des Berliner sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel aufzufordern. Gegen diese Knebelungsmaßnahmen der Koalitionsregierung und ihre polizeilichen Exekutivorgane muß der leidenschaftlichste

Widerstand der breitesten Masen organisiert werden. Das muß vor allem innerhalb der Massenorganisation des Proletariats, innerhalb der Gewerkschaften, geschehen.

In allen Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen müssen die Gewerkschaftsinstanzen aufgefordert werden, am 1. Mai die völlige Arbeitsruhe in allen Betrieben, auch in den Verkehrsbetrieben, durchzuführen und sich für die Aufhebung des Demonstrationsverbots einzusetzen. Alle Arbeiter müssen aufgerufen werden, wie in den vergangenen Jahren, die freigewerkschaftlichen Maiversammlungen zu besuchen und dort für die Aufhebung und Durchbrechung des Demonstrationsverbotes einzutreten. In Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen muß gefordert werden, daß in den Maiversammlungen oppostionelle Redner gegen das Demonstrationsverbot auftreten können.

Mit dieser Taktik verzichtet die Partei keineswegs darauf, auch gegen den Willen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und Polizeipräsidenten auf der Straße zu demonstrieren. Sie schafft damit im Gegenteil erst die Möglichkeit, daß die Maidemonstration über den Rahmen der Kommunistischen Partei hinaus zu einer Angelegenheit aller Arbeiter wird, daß aus den Gewerkschaftsversammlungen heraus trotz Verbotes wuchtige Demonstrationen erwachsen. Diese Taktik bedeutet kein Paktieren mit den "Bonzen", sie soll auch nicht angewandt werden, um sie zu überzeugen und zu bekehren. Mit dieser Taktik sollen vielmehr diejenigen Arbeiter für uns gewonnen werden, die noch Vertrauen zu den reformistischen Führern und Illusionen über die bürgerliche Demokratie haben. Um diese Massen von der Schädlichkeit der reformistischen Politik zu überzeugen, müssen die reformistischen Führer immer wieder vor Aufgaben gestellt werden, die Angelegenheiten der breiten Massen selbst sind, und die diesen Führern ein Ausweichen unmöglich machen. Das ist der Sinn und Zweck der Einheitsfronttaktik, die wir vorschlagen.

Aus einer tiesen politischen Einsicht heraus haben die Arbeiter selbst diesen einzig gangbaren Weg eingeschlagen. Die Belegschaft der General Motors G. m. b. H. hat in einer Entschließung vom Ortsausschuß der ADGB. geforder!, "dahin zu wirken, daß das Demonstrationsverbot noch vor dem 1. Mai aufgehoben wird". Aber anstatt dieser Stimme aus den breiten Massen der Betriebsarbeiter selbst Gehör zu schenken, die reformistischen Führer unter stärksten Druck zu stellen und in diesem stetigen Ringen die Erkenntnis unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zu wecken, daß ihre Führer nicht kämpfen wollen, anstatt durch eine solche Politik in den Massen den Willen zur Beseitigung dieser reformistischen Führer zu erzeugen, mißbilligt die "Rote Fahne" vom 21. März diese Aufforderung und erklärt, daß "die Arbeiter von General Motors ihre Forderungen an die salsche Adresse gerichtet hätten". Sie warnt die Belegschaft anderer Betriebe geradezu vor ähnlichen Schritten. Dieser Verzicht auf den Kampf um die Gewerkschaftsmitglieder ist die wirksamste Unterstützung der reformistischen Gewerkschaftsführer. Was können sie sich Besseres wünschen, als daß sie bei ihrem Werke des fortgesetzten Arbeiterverrats durch niemand gestört werden können.

Wir wenden uns mit diesem Schreiben an Euch, um auch bei dieser Gelegenheit auf den falschen und verderblichen Kurs Eurer Politik noch im letzten Augenblick aufmerksam zu machen, und um im Interesse der kommunistischen Bewegung ernsthaft vor der Fortführung dieser Politik zu warnen. Wir fühlen uns zu diesem Schritt verpflichtet, weil Ihr in der Partei jede kritische Stimme erstickt, weil Ihr diejenigen, die rechtzeitig vor dem verderblichen ultralinken Kurs gewarnt haben, aus der Partei ausgeschlossen habt, weil Ihr jetzt hemmungslos einen Kurs steuert,

der die Kommunistische Partei immer weiter von den proletarischen Massen isoliert und die kommunistische Bewegung auf die Dauer schwer schädigt

Was die Arbeiter von General Motors vorgeschlagen hatten, war das Selbstverständlichste: alle Mittel anwenden, um vor dem 1. Mai die Aufhebung des Demonstrationsverbois zu erzwingen. Hätte man die Betriebe, die Gewerkschaftsversammlungen für diesen Zweck in Bewegung gebracht, dann konnte man die Gewerkschaftsführer das Springen lehren. Deputationen nach dem Gewerkschaftsbüro, zu Zörgiebel, an die SPD., an die Regierung — wir wollten sehen, wer diesem Druck widerstehen konnte. Aber wenn es gelang, die Straße auf diese Weise freizubekommen, dann kamen die Romantiker doch um ihren Knalleffekt! Was wäre das für ein Sieg gewesen? Nun, die Arbeiter wären im Bewußtsein ihres Sieges voll Kraftgefühl gewesen, und der 1. Mai wurde der Triumph der KPD.

Und wenn dieser Erfolg nicht errungen worden wäre, dann wäre gerade diese Praxis die wirkliche Mobilisation der Massen für die Maidemonstration gewesen. Jeder Arbeiter, jeder Betrieb war engagiert, hätte es als seine eigenste Aufgabe angesehen, dem Verbot Zörgiebels zu trotzen. Die Führung der K.P.D. hat darauf verzichtet, die Partei so mit der Klasse zu verschweißen.

Nach einer solchen Vorarbeit mußten die Kommunisten mit all ihren Anhängern in die Gewerkschaftsversammlungen am 1. Mai gehen, um von dort aus die Demonstration zustande zu bringen — sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter zusammen. Aber nach der neuen Heilslehre der K.P.D.-Führer sind die Hunderttausende, die dem Rufe der Gewerkschaften folgen, doch "Sozialfaschisten"! Die Verrücktheit wurde vollendet. Es wurde der Befehl herausgegeben, die Gewerkschaftsversammlungen zu boykottieren. Damit isolierte sich die Partei vollkommen von den Massen der Arbeiter.

Mit Zörgiebels Verbot der Straße kam Grzesinskis Drohung mit dem Verbot der Partei und der anderen revolutionären Organisationen. Was war einfacher, selbstverständlicher, als einen Massenprotest gegen diese Absichten zu entfachen? Die Partei tat nichts. Sie begnügte sich, Rundschreiben herauszugeben mit Anweisungen für die Illegalität. (Mit welchem Erfolg, das hat sich bei der Zentralstelle des Roten Frontkämpfer-Bundes erwiesen, wo der Polizei wertvolle Beute in die Hände fiel.) Die Partei gab von vornherein den Kampf um die Legalität verloren. Sie suggerierte den Mitgliedern direkt die Auffassung, daß nach dem 1. Mai die revolutionären Organisationen illegal sein würden. Da offenbarte sich, was hinter der ganzen Romantik steckte: die geheime Angst vor der eigenen Unzulänglichkeit, die uneingestandene Ueberzeugung vom Bankrott der Führerpolitik. Die Illegalität war erwünscht, war die Hoffnung, denn im Dunkeln ist gut munkeln! Die Illegalität brachte jede Kritik, jede Opposition zum Schweigen, machte die Führung unantastbar. Wie konnte man gegen eine Führung angehen, die unter dem Polizeisäbel stand? Die Jllegalität war die Rettung!

Was war die Vorbereitung des 1. Mai, wie sie die Führung der K.P.D. betrieb? Großsprecherei, Romantik, Illusion, Tatlosigkeit, Unfähigkeit und Kapitulation!

Die Quittung.

Der 1. Mai deckte auf, daß die Führung der K.P.D. eine Karte ohne Trümpfe hatte. Die Versammlungen der Gewerkschaften waren überfüllt. Die Großbetriebe, die "in der Hand der K.P.D." sind, folgten nicht den Losungen der Partei, sondern den Gewerkschaften, und dort wurden sie mit wenigen Ausnahmen, wo die Parteigenossen die Parteitaktik durch-Niederschmetternd war brachen - ihrem Schicksal überlassen. Ergebnis bei der Verkehrs-A.G. Hier war doch die Hochburg der Hicr hatte sie ihren schönsten Erfolg errungen. Berliner Verkehrsarbeiter hatten sich durch die Wahl eines "revolutionären Betriebsrats" als Kerntruppe der Revolution erwiesen. Jetzt kam die Probe. Stillegung der Berliner Verkehrsmittel, das war ein Schlag gegen Zörgiebel! Hier ist die Partei nun wirklich ans Werk gegangen, der einzige Fall, wo sie etwas tat. Und der Erfolg? Die Verkehrsarbeiter folgten nicht ihren "revolutionären Betriebsräten", nicht den Anforderungen der Partei und dem Gesamtinteresse ihrer Klasse, sie folgten den Gewerkschaftsführern. Sie entschlossen sich, den Verkehr am 1. Mai aufrechtzuerhalten. Der Sinn der Betriebsrätewahl bei der Verkehrs-A .- G. wurde aufgedeckt. Sie war der Protest der Arbeiter gegen die Politik der Gewerkschaftsführer und die sozialdemokratische Verwaltung, eine Anerkennung der unermüdlichen Arbeit der Genossen Deter und Krüger - nichts mehr! Und speziell für die Mai-Aktion sprach die Haltung der Verkehrsarbeiter aus, daß sie kein Vertrauen zur kommunistischen Taktik hatten. empfanden, daß sie die Hauptlast für den 1. Mai auf ihre Schultern nehmen sollten. Das war ihnen zu viel. Aber durch die Machtillusionen der K.P.D.-Führer wurde noch ein dickerer, schmerzlicherer Strich gemacht. Führer der Verkehrsarbeiter, der Vorsitzende ihres Betriebsrats, Genosse Deter, wurde Knall und Fall aufs Pflaster geworfen. Und keine Hand rührte sich zum Protest! Konnten die romantischen Schwärmereien grausamer zerzaust werden?

Die Massen in den Gewerkschaftsversammlungen den Bürokraten, den Mitverschwörern Zörgiebels überlassen! In einzelnen Stadtbezirken kommt überhaupt keine Demonstration zustande. In den Arbeitervierteln Demonstrationsversuche von einigen Hunderten, wenn es hoch kommt Tausenden. Im ganzen ist nicht mehr auf den Straßen, als was unmittelbar die K.P.D. und die ihr angegliederten Organisationen umfassen, und dies alles in dem weiten Bereich der Hauptstadt verzettelt. Nur kleine Züge erreichen die Zielpunkte, den Potsdamer und den Alexanderplatz. Die Kommunisten sind losgelöst von den Massen und zersplittert. So hat die Polizei den Gegner vor sich, auf den sie planmäßig dressiert worden ist. Da sausen die Hiebe auf die Genossen nieder, und sie haben nichts als das Gefühl ohnmächtiger Wut. Das war das Ergebnis der Niederlagenstrategie.

Wo aber waren die Führer? Sie lustwandelten neben den Zügen und sahen sich das Schauspiel der Polizeiattacken an. Sie saßen in Lokalen und empfingen Kuriere. Aber keine Anweisungen, kein Eingreifen, keine Organisation! Es sei denn, daß sie vom grünen Tisch aus Besehle gaben, die zu den Tatsachen paßten wie die Faust aufs Auge, und, wo sie erfüllt wurden, die Situation verschlimmerten. Aber selbstverständlich erwarben damit diese "Führer" das Recht, über die "Feigheit" der Genossen zu schimpfen.

Schließlich schäumt die Wut der Arbeiter auf dem Wedding und in Neukölln auf. Sie setzen den Attacken der rasenden Polizei Widerstand entgegen. Sie wehren sich mit Steinen und ein paar alten Revolvern. Es ist eine kleine Schar tapferer Arbeiter, die sich mutig opfern. Was hat die Führung für sie übrig? Nichts mehr als das Kommando: Aushalten! Was mußte sie tun? Entweder den Kampf erweitern, den Kämpfenden zu Hilfe kommen, oder — wenn das unmöglich war, wenn das die Kräfte überstieg — ihnen begreiflich machen, daß der offene Widerstand unmöglich sei, für ihren Rückzug sorgen und öffentlich auffordern, keinen bewaffneten Widerstand zu leisten. Das war revolutionäre Pflicht. So allein konnte das Lügennetz zerrissen, konnte dem wah witzigen Geschieße der Polizei jeder Vorwand entzogen werden. Die Führung tat weder das eine, noch das andere. Für diese erbärmliche Feigheit muß sie von der Partei zur Verantwortung gezogen werden.

Aber Schlachtberichte schickten die Führer in die Welt hinaus. Da wurden nach den Parteizeitungen in Berlin "regelrechte Schützengräben" gebaut, da wurde "eine regelrechte Schlacht ausgetragen". Da wurden die Meldungen der Sensationspresse von mitwirkenden Flugzeugen als "eigene Nachricht" aufgemacht. Und je weiter von Berlin entfernt, um so grandioser war der Kampf. In der Pariser "Humanité" war ganz Berlin ein riesiger Kriegsschauplatz. Bis schließlich "Berlin am Morgen" kategorisch und wahrheitsgemäß feststellte: "Es gab keine Schlacht, keine Dachschützen, keine Waffen — es gab nur Opfer!" Als ob Willi Münzenberg Politik auf eigene Faust mache.

Das furchtbarste Urteil aber fällten die Arbeiter über die K.P.D. nicht am 1. Mai, sondern in den Tagen darauf. 27 Tote lagen auf dem Pflaster, hingelegt von der Bourgeoisie und ihren sozialdemokratischen Bütteln, hingelegt sozusagen mitten im "sozialen Frieden", in einer Zeit, wo die Klassen nicht auf Tod und Leben um die Macht kämpfen; Hunderte von Verwundeten wälzten sich in den Spitälern. Neun Zehntel der Berliner Arbeiter wußten, wen die Blutschuld trifft; sie wußten, daß jeder Schuß, der einen Arbeiter oder einen Unbeteiligten traf, ein Schuß gegen die eigene Klasse war.

Und wo blieb der Protest?

"Das Maikomitee spricht im Namen der Berliner Arbeiterschaft aus, daß die Belegschaften der Betriebe mit dem politischen Massenstreik am 2. Mai anworten werden, wenn Zörgiebel es wagt, am 1. Mai Arbeiterblut zu vergießen!"

So das Maikomitee am 27. April. Was es ankündigte, hätte eine Selbstverständlichkeit sein müssen. Wie ein Mann mußte nicht nur die Berliner, die ganze deutsche Arbeiterschaft aufstehen. Daß die deutschen Arbeiter dies verstehen, das haben sie oft genug bewiesen. Aber es kam anders. In Berlin folgten dem Ruf die Bauarbeiter, die schon vor dem Kriege am 1. Mai immer in erster Reihe marschiert waren. Es folgten die Zigarettenarbeiter, eine zuverlässige Anhängerschaft der K.P.D. Außerdem nur eine Anzahl Kleinbetriebe. In Hamburg Teilstreiks auf zwei Werften, die seit einem Jahrzehnt in kommunistischen Händen sind. Sonst hier und da einige Betriebe. Tropfen auf den heißen Stein. Umsonst berief die Partei in Berlin die Betriebsdelegierten zu einer Sitzung nach der anderen

zusammen. Es kamen die Vertreter der Streikenden, es kamen andere ohne den Rückhalt ihrer Kollegen und Parteibeamte. Die Vertreter der ausschlaggebenden Großbetriebe, der Dahlemschen Hochburgen des Kommunismus, kamen nicht. Es wurde ein Streikbeschluß nach dem andern gefaßt. Ohne Erfolg. Aus dem politischen Massenstreik wurde der Proteststreik. Er wurde schließlich befristet bis zum 4. Mai abends. Aber schon war der Streik zusammengeschrumpft. Schließlich kam der traurige Beschluß einer halbstündigen Arbeitsruhe und 5 Minuten Verkehrsruhe am Tage der Beerdigung der Opfer heraus, und auch dieser Ruf verhallte. Niederschmetternd!

Beschämend ist diese Schwäche der deutschen und besonders der Berliner Arbeiterschaft. Gewiß! Aber hier hilft kein Schimpfen und kein Wettern. Dieselben Arbeiter, die jetzt so kläglich versagten, haben oft genug ihren Mann gestanden. Nach den Ursachen muß man suchen. Aus der Passivität schreit es der Kommunistischen Partei entgegen: Kein Ver-

trauen, kein Vertrauen!

Putsche in Aussicht?

"Das Berliner Proletariat ist weder geschlagen noch besiegt. . . . Die Straße, die es am 1. Mai erkämpft hat, wurde am 2. und 3. Mai von ihm behauptet. . . Die Arbeiterschaft ist nicht zurückgewichen, sie kämpft weiter für ihre Forderungen. Der Proteststreik gegen den Arbeitermord hat am Freitag begonnen und wird am Sonnabend fortgesetzt." So sagt es die "Rote Sturmfahne". Zur Hebung der Stimmung? Nun gut! Wo anders aber lautet der Spruch anders. Da übt Hermann Remmele in der Berliner Parteiarbeiterkonferenz am 5. Mai "Selbstkritik". Er deckt die Tollheiten des Zentralkomitees auf? Bewahre! Das Zentralkomitee ist der Papst, ist unfehlbar. Es hat nur einen Rechenfehler gemacht. Es rechnete damit, daß seinem Ruf allein Millionen folgten. Kleinigkeit! Schuld haben Deter und Krüger, die Gemaßregelten des Magistrats. Sie haben nicht energisch genug für den Streik der Verkehrs-A.-G. am 1. Mai gewirkt; "die Sympathisierenden wollten herausgehen". Und schuldig sind die Arbeiter, die — anders als die Herren Führer — vor den Gummiknüppeln und Wasserschläuchen demonstrierten: "Genossen, ihr habt nicht fest genug gestanden am 1. Mai. Ihr seid zu leicht zerstreut worden!" Das ist, was Remmele festzustellen hat. Da sind Ketzergerichte im Anmarsch. Deter und Krüger werden schon zum Scheiterhaufen geführt,

Was aber haben die Verantwortlichen sonst zu sagen? Untersuchen sie die Ursachen der Niederlage, suchen sie die Fehler ihrer Politik zu erkennen, um den Weg zu Lenin zurückzufinden? Da kennt ihr Heinz Neumann, den Organisator der Niederlage von Kanton, schlecht! Berlin war ihm zu wenig. Das Verderben muß größer sein. Unter seinem und anderer Diktat gibt das Westeuropäische Büro der Kommunistischen Internationale einen Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen Europas heraus, in dem es heißt:

"Dieser nicht abgeschlossene Kampf hat auf die Tagesordnung der gesamten internationalen Arbeiterbewegung die Frage des Hinüberwachsens der Wirtschaftskämpfe der letzten Monate in den politischen, gegen den bürgerlichen Staat als Ganzes gerichteten Kampf gestellt.

Durch sein Auftreten hat das Berliner Proletariat den sozialdemokratischen Henkern ins Gedächtnis gerufen, daß die Zeit der Barrikadenkämpfe in Europa noch nicht vorbei ist, daß, wenn in Europa jetzt auch noch nicht ein solcher Zerfall des Kapitalismus zu verzeichnen ist, wie das 1918/19 der Fall war, dennoch die zunehmende revolutionäre Aktivität der Arbeiterklasse, der steigende Einfluß der Kommunistischen Partei in der nächsten Zeit eine unmittelbar revolutionäre Situation in so fortgeschrittenen Ländern wie Deutschland herbeiühren kann. Voraussetzung für das Heranreifen einer solchen unmittelbar revolutionären Situation ist die Eroberung der entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse durch die Kommunistische Partei...

Auf den Barrikaden am Wedding und in Neukölln wurde das Banner des kampfgewillten revolutionären Internationalismus erhoben, das ein Signal für den Kampf der Arbeiterklasse und der Werktätigen anderer Länder für den Internationalen Roten Tag am 1. August gegen den Krieg sein soll. Das Berliner Proletariat hat das Signal zu einem solchen Auftreten für den Internationalen Tag gegeben . . .

Der Internationale Rote Tag am 1. August ist keine gewöhnliche Demonstration. Er wird in der internationalen Arbeiterbewegung der Wendepunkt für den Uebergang des Proletariats zum Gegenangriff an der internationalen Front gegen das Weltkapital sein. Dieser Tag des Kampfes gegen den Krieg muß die einzelnen Vorgefechte der Arbeiterklasse in deren allgemeine Gegenoffensive zusammenfassen. Die Maiaktion des Berliner Proletariats ist das erste Vorpostengefecht dieses allgemeinen proletarischen Angriffes.

Erobert in euren Ländern am 1. August die Straße für die Arbeiterklasse.

Macht euch alle die politischen und technischen") Erfahrungen des Kampfes des Berliner Proletariats, der Kampfmethoden der Polizei zu eigen, um für euer Auftreten am 1. August über eine größere Manövrierfähigkeit zu verfügen . . ."

Was wird da gespielt?

"Hinüberwachsen der Wirtschaftskämpfe in den politischen Kampf."
"Voraussetzung ist di Eroberung der entscheidenden Schichten der Arbeiter klasse." "Kein solcher Zerfall des Kapitalismus wie 1918/19." Lernen aus den Erfahrungen des Berliner Kampfes. Das kann alles richtig und vernünftig sein. Soweit es vernünftig gemeint ist, ist es nicht das Diktat Heinz Neumanns, sondern das der anderen, die sich sichern wollen. Wo der "Held von Kanton" aber allein ist, da lautet der Text anders. Der "Klassenkampf" bringt Thesen, in denen nach unverantwortlichen Renommistereien geschrieben wird:

"Der Berliner Maikampi ist der Auftakt für eine mächtige Steigerung und Beschleunigung der Massenbewegung im Reich, der Ausgangspunkt für einen neuen Aufstieg der revolutionären Welle. Die Berliner Barrikadenkämpfe demonstrieren, daß wir einer unmittelbar revolutionären Situation entgegengehen, mit deren Entwicklung die Frage des bewafineten Aufstandes unvermeidlich auf die Tagesordnung treten wird.

Unter diesem Gesichtspunkt sind die Perspektiven des weiteren Kampfes zu stellen. Aus den Berliner Maikämpfen ergeben sich folgende

Aufgaben für die Partei:

Faschismus und Streikbrecher in den Betrieben (Zusammenfassung der aktivsten, klassenbewußtesten Arbeiter in proletarischen Selbstschutzorganen, Demonstrationsschutz, Streikschutz usw.). Sofortige und radikale

^{*)} In der "Roten Sturmfahne" sind die Worte "und technischen" ausgestichelt. In der "Humanité" sind sie stehen gelassen worden.

Umstellung des RFB, auf Betriebsgruppen, allseitige Propaganda für die Wehrhaftmachung des revolutionären Proletariats;

Entfesselung einer neuen Welle von Lohn- und Wirtschaftskämpfen, Steigerung dieser Kämpfe zu politisch-revolutionären Massenaktionen.

Entwicklung aller Formen von revolutionären Kampforganen des Proletariats zur Führung seiner Massenaktionen. Aufbau eines revolutionären Vertrauensmännersystems in den Groß- und Riesenbetrieben.

Stärkste Vorbereitung der Partei und der Massen für den Antikriegs-

tag am 1. August. .

. Aenderung der Arbeitsmethoden der Partei, Veränderung und Verbreiterung der Parteikaders, wenn notwendig, Säuberung einzelner Teile der Organisation von opportunistischen, klassenfremden, sabotierenden Elementen, ."

Was wird da gespielt?

Wie, wenn am 1. August der Verfall des Kapitalismus noch nicht da ist, wenn am 1. August die Kommunisten die entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse noch nicht erobert haben? Was geschieht dann am 1. August?

Die Arbeiter Berlins sind geschlagen! Geschlagen, weil die Kommunisten isoliert waren von der Masse der Arbeiterschaft! Isoliert in Berlin! Isoliert, trotz der schamlosen Provokation, die jeden Arbeiter zur Empörung treiben mußte! Und nach drei Monaten soll diese Isolierung überwunden sein? Nicht nur in Berlin, sondern im Reich, in ganz Europa! Das, nachdem die kommunistischen Parteien heruntergewirtschaftet sind! Das mit dieser "Linie"! Vorpostengefecht, Vorbild des allgemeinen Angriffs war der Berliner Kampf?

Was soll am 1. August geschehen?

Putschell

Das muß man mit aller Deutlichkeit aus prechen, denn es ist noch

Zeit, verhängnisvollere Niederlagen zu verhindern!

Woher diese Fieberphantasien? Woher diese Niederlagenstrategie? Ihnen liegt zugrunde das Ausweichen vor der geduldigen, hartnäckigen Arbeit zur Gewinnung der Massen. Allen Tatsachen, allen Erfahrungen zuwider spiegelt man sich vor, die Arbeiter hätten längst die Fallstricke der bürgerlichen Demokratie erkannt, hätten bereits mit der Sozialdemokratie gebrochen. Es sei nicht mehr nötig, unermüdliche Aufklärungsarbeit zu leisten, durch eine kluge, dem Verständnis der Massen angepaßte Politik die Arbeiter Schritt für Schritt eigene Erfahrungen machen zu lassen. Das alles sei Sisyphusarbeit. Nur kühne Initiative sei notwendig. Wenn die Kommunisten große Kämpfe aufnähmen, dann würden die Massen dies als Erlösung begrüßen und folgen. Darum leugnen die Führer der Partei alle unbequemen Tatsachen weg. Darum verzichteten sie darauf, die Arbeiter in den Gewerkschaften für eine wirkliche Klassenkampspolitik zu gewinnen, die Gewerkschaften für die Kommunisten zu erobern. Darum wandte man sich von den organisierten Arbeitern ab und sah in den Unorganisierten das wahrhaft revolutionäre Element. Anstatt in den großen Wirtschaftskämpfen Organisierte und Unorganisierte zusammenzuführen, führte man sie gegeneinander und stützte sich auf das rückständige Element. So geschah es in den Streiks und Aussperrungen im Hamburger Hafen und im Ruhrgebiet. Statt während der Kämpfe die Arbeiter dadurch zu gewinnen, daß man besseres Verständnis für ihre Forderungen zeigte als die Gewerkschaften, ihnen klarer das Kampsziel auszuweisen, das bei den gegebenen Verhältnissen zu erreichen sei, statt dessen machte man organisatorische Tricks, schuf eigene, völlig einflußlose Streikleitungen und verwirrte dadurch die Kämpsenden. Man trieb die Arbeiter den gegenrevolutionären Führern in die Arme. Es wurde darauf verzichtet, die Arbeitermassen für ihre nächstliegenden Forderungen zu mobilisieren, darauf verzichtet, die Einheit der Arbeiterklasse im Kamps des Tages zu verwirklichen und dadurch die Massen unzerreißbar mit den Kommunisten zu verbinden. Die Spaltung der Arbeiterklasse wurde vertieft, ihre Kampssähigkeit noch mehr geschwächt. Teuer erkauste Ersahrungen sind in den Wind geschlagen worden. Ein großes Kapital an Vertrauen, das sich die Partei durch zähe Arbeit erworben hatte, ist vergeudet worden.

Das alles ist freilich nur möglich geworden dadurch, daß man alle Erkenntnisse aus früheren Kämpfen verschüttete und die Geschichte der Partei grotesk fälschte. Dazu war weiter nötig, jede Kritik in der Partei zu ersticken, einen Gehorsam gegenüber den Parteiinstanzen zu fordern, der ein Hohn auf revolutionäre Disziplin ist, und durch ein Terrorregiment jeden unbequemen Kritiker aus der Partei zu werfen. Strebertum und Korruption sind die traurige Folge dieses Systems geworden, und das Abenteurertum, das jetzt die Partei beherrscht, ist nur die eherne Konsequenz der Tatsachen.

Umkehr ist notwendig. Sofortige, rücksichtslose Umkehr. Die Internationale muß sich dieser Politik in den Weg stellen, muß ihre eigenen Fehler korrigieren und drohende Katastrophen verhindern. Aber vor allem: die Mitglieder der K.P.D. müssen aufstehen. Sie dürfen sich den Terror ihrer Leitung nicht mehr gefallen lassen, dürfen nicht mehr kuschen. Ernsthaft und ohne nach der Gunst der Parteikommandeure zu fragen, ohne sich aufhetzen zu lassen, müssen sie die Tatsachen untersuchen, sich Klarheit verschaffen über die Probleme, die vor der Arbeiterklasse stehen. Sie müssen sich bewußt sein, daß die Partei - und das sind die Mitglieder! - berufen ist, die Arbeiterklasse in die Revolution zu führen. Sie müssen durchsetzen, daß jene Genossen wieder in die Partei aufgenommen werden, die rechtzeitig vor dem Bankrott gewarnt und eine Politik vertreten haben, wie sie Lenin gelehrt hat. Sie müssen rücksichtslos korrupte Elemente, Streber und Abenteurer ausschalten. Wenn das geschieht, dann werden die bitteren Erfahrungen des Mai Früchte tragen, dann wird die Kommunistische Partei gerettet werden.

Dennodi!

Trostlos ist das Bild, das sich dem Arbeiter ergibt, der nüchtern die Tatsachen prüft. Die Welt voller Gefahren, die Kapitalistenklasse im Angriff auf das Proletariat, die Arbeiterklasse gespalten und verwirrt. Im Anmarsch aber ist der Faschismus. Das charakteristische Zeichen der sächsischen Wahlen ist gerade der starke Vorstoß der Nationalsozialisten und der ihnen verwandten Landvolkpartei, die zusammen 275 000 Stimmen erhielten. Hier liegt die größte Gefahr, und es kann keinem Einsichtigen zweiselhaft sein, daß die Regierung und die Sozialdemokratie durch ihre kapitalistische Gesamtpolitik und ihre Attacken auf das Proletariat dem Faschismus den Weg frei machen. Aber ebenso klær ist, daß die Kom-

munistische Partei durch ihre Politik, die die Spaltung der Arbeiterklasse erleichterte, ihre Zerfahrenheit und ihre Abenteuer den Widerstand des Proletariats schwächt, die Verzweiflungsstimmung fördert und damit faktisch dem Faschismus die Anhänger zutreibt.

Verrucht ist das Spiel, das die Führer der Sozialdemokratie, die Severing, Müller, Grzesinsky, Zörgiebel mit der Arbeiterklasse treiben, und die sich linke Führer nennen, die wenigstens teilweise erkennen, wo der Weg hingeht, sie haben keinen Willen, keine Kraft, sie kapitulieren in jeder entscheidenden Situation.

Gegen die Koalitionspolitik, gegen das Zusammenarbeiten mit dem Bürgertum, gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik der Gewerkschaften muß die Arbeiterklasse aufstehen. Denn diese Politik dient nur dem Trustkapital, verschlimmert die Ausbeutung, knebelt die Arbeiterklasse.

Nur eine Kraft ist da, die der Führer der Arbeiterklasse gegen den Faschismus sein kann, die die Masse der Arbeiterklasse gegen ihn zusammenfassen kann — der Kommunismus. Der falsche Kurs der Kommunistischen Partei hat es zuwege gebracht, daß diese einzig für diese Aufgabe vorhandene Macht heute lahmgelegt, ausgeschaltet ist, daß der Faschismus heute die Bahn für sich frei findet.

Aber bereits haben in der Kommunistischen Partei sich die Kräfte zu sammeln begonnen, die gegen diesen falschen Kurs ankämpfen und dem Kommunismus die Wege zeigen, damit er wieder der Führer der proletarischen Massen gegen das Trustkapital, seine reformistischen Helfer und seine faschistischen Sturmtrupps werden kann. Es ist dies die kommunistische Opposition. Sie ist in wenigen Monaten stetig gewachsen. Sie wird weiter wachsen, denn sie zieht ihre Kraft aus der klaren und sicheren Erkenntnis der Bedürfnisse des proletarischen Klassenkampfes im ganzen. Die Fehler und Schwächen der Führung der Kommunistischen Partei, die der 1. Mai offenbarte, werden durch sie so gewiß überwunden werden, so gewiß die Tatsachen und ihre Lehren sich in der revolutionären Vorhut der Arbeiterschaft über alle Hindernisse durchsetzen müssen.

Und so rusen wir der deutschen Arbeiterklasse zu: trotz der Niederlage des 1. Mai — keine Kleinmut, keine Verzweiflung. Kein Gehenlassen der Dinge. Lernen wir aus der bitteren Niederlage, brechen wir mit den Fehlern, die zu ihr geführt haben, so wird aus der blutigen Saat des 1. Mai die eiserne Mauer der proletarischen Einheitsfront erstehen, die die Verteidigung der Arbeiterklasse gegen das Kapital und seine Helfer sichert und die aus ihr die Krast schöpst, um zum Gegenangriff vorzugehen.

as mußt Du lesen?

UM WAS GEHT ES?

Zur Krise in der Kommunistischen Partei

Deutschlands

A. THALHEIMER

Preis 30 Pfg.

AKTIONSPROGRAMM
PRODUKTIONSKONTROLLE
ÜBERGANGSLOSUNGEN

WERNER

eben metionen: Un die dischen die schen des Roten des Roten des Retrait des Roter Bundes Per Bundes

preis 40 Prennis

Wer den tieferen Sinn der gegenwärtigen Auseinandersetzungeninnerhalb der Kommunistischen Partei Deutschlands verstehen will, muß diese Broschüren lesen!

